

# Sozialdemokrat

## Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Habliczkova nám. 22. Telefon 6795, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. Postfachstation 57644. Einzelpreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 10,- Kč, vierteljährlich 48,- Kč, halbjährlich 96,- Kč, ganzjährig 192,- Kč. Für Deutschösterreich monatlich 120,- SK, für Deutschland 16,- Mk. Erscheint mit Ausnahme des Montags täglich früh.

### Eine Enttäuschung.

Ministerpräsident Dr. Beneš versucht es als Regierungschef mit seinen rednerischen Kunstgriffen, durch die er sich bisher in der parlamentarischen Vertretung seiner Außenpolitik ausgezeichnet hat. Viel reden, noch mehr herumreden, kein klarer und bestimmter Satz, hinter dem ein politischer Begriff, eine Auffassung, Wille, Bereitschaft, ja oder nein steht, das ist das Charakteristikum der gestrigen Regierungserklärung. Nicht einmal mit der Erklärung Czernys bei seinem Regierungsantritt ist Benešs Rede vergleichbar, von Zufassens Antrittsrede überhaupt zu schweigen. — Wer sich durch Phrasengebimmel nicht täuschen läßt, nüchtern und ernst den sachlichen Inhalt dieses Regierungsprogramms sucht, der wird, so wie wir, von der Erkenntnis bitter erfüllt sein, daß der Versuch vorliegt, mit rednerischen Floskeln allen Problemen des Staates und der Wirtschaft auszuweichen, über die politischen und nationalen Konflikte in diesem Staate zu schweigen, um damit — ähnlich wie die berühmte Auslandspropaganda — der tschechischen Öffentlichkeit und jener in der übrigen Welt die Fata morgana eines geordneten Staatswesens vorzugaukeln.

In dem Programm brückt sich sehr intensiv die tschechnationale Regierungskoalition aus, die geleitet und beherrscht wird von den Besitzklassen, der Bourgeoisie und den Agrariern. Zur Stabilisierung der Staats- und Finanzwirtschaft wird Sparsamkeit versprochen. Dieser Grundsatz findet auch unsere Zustimmung. Der größte Fehler an den Staatsfinanzen ist der Mangel Militarismus. Von seinem Abbau hat Herr Dr. Beneš kein Wort gesprochen. Sparsamkeit, ohne den Militarismus anzutasten, ist also ein wichtiger Teil des Programms der tschechischen Regierungsparteien. Die Konzeption an die tschechische Sozialdemokratie soll wohl das Besondere auf die endliche Gesehwerdung der Alters-, Invaliditäts-, Witwen- und Waisenversorgung sein. Die Regierung wird einen Entwurf fertigstellen, allerdings wird es längerer Zeit bedürfen, bevor er das Licht der Öffentlichkeit erblicken wird, meint der Herr Ministerpräsident. Die Herren vom Regierungstisch glauben, sich zur endlichen Erfüllung dieser bringenden Volksnotwendigkeit gemächlich Zeit lassen zu können. Nun sei ihnen und den tschechischen Parteien gleich vorweg mit aller Deutlichkeit gesagt: die Greise, Krüppel, Witwen, Waisen schreien um staatliche Hilfe. Hilfe tut not! Wenn die Existenz dieser Regierung vor der Geschichte eine bescheidene Entschuldigung aufbringen könnte, wäre es nur die rasche Durchführung der Sozialversicherung.

In der Rede des Ministerpräsidenten wird sehr häufig von Konsolidierung und Konstruktion gesprochen. Das dürften die neuen Schlagworte der wirtschaftlichen Reaktion werden, denn unter Hinweis auf diese kündigt Herr Dr. Beneš den zu erwartenden völligen Stillstand der sozialen Gesetzgebung an. Da er nämlich eine „wahre und tiefe“ Sozialreform will, verweist er darauf, daß diese vor allem international sein muß. Wir wollen auch die internationale Sozialreform. Im Munde des Sprechers der Regierung eines kapitalistischen Staates erinnert aber dieser Hinweis an das alte, abgebrauchte, falsche Unternehmerargument, mit dem sie jeden sozialistischen Fortschritt selbstselig bekämpften.

Was Herr Monsignore Professor Dr. Schramel, der Führer der tschechischen Kl-

riken, dem Ministerpräsidenten über die Trennung der Kirche vom Staate sagen ließ, ist auch sehr armselig und dürftig. Die Regierung, in der nicht ein führender Kopf vorhanden ist, der für diese wichtige kulturpolitische Forderung einzutreten und zu kämpfen vermag, deren stärkste geistige Potenz Pater Schramel ist, dem noch der immerhin begabte Meritale Justizminister Dr. Dolansky zur Seite steht, wird die Trennung von Staat und Kirche nicht vollbringen, was sie über diese Frage erklärte, wirkt daher fast humoristisch.

Doch die Bilanzleistung des Regierungsprogramms ist zweifellos jene Stelle, die eine Darlegung des Ministeriums über seine Auffassungen über die nationalen Probleme und deren Lösung ersehen soll. Dr. Czerny meinte, die nationale Frage ist wie eine Polizeiangelegenheit zu behandeln. Dr. Beneš, der Führer der parlamentarischen Regierung aller tschechischen Parteien, ist nicht einmal noch so weit vorgebrungen. Zunächst muß er das Ergebnis der Volkszählung abwarten, ehe er sich um nationalpolitische Fragen kümmern kann. Die Statistik wird ihm wahrscheinlich erst zeigen, ob es nationale Probleme gibt und wie sie aussehen. Klingt dies nicht wie Hohn? Die Regierung kann sich, oder will sich, zur Frage aller Fragen für den Bestand und das Gedeihen dieses Staates erst äußern, bis sie dazu die nötigen „statistischen Unterlagen“ besitzt. Also das ist der Fortschritt in der Einsicht der tschechischen Parteien auf nationalem Gebiete! Im Ernennungsschreiben an den Abgeordneten Svobla als Minister des Innern am 8. Juli 1919 führte der Präsident der Republik aus: „In allen Ländern muß das Problem der nationalen Minoritäten sobald als möglich, und zwar aus der programmatischen Initiative der Regierung gelöst werden.“ Dieser Auftrag des Präsidenten ist nicht erfüllt worden, mehr als zwei Jahre später kommt eine Regierung, die auf die Ergebnisse der Volkszählung warten will, bis es für irgend jemanden ermöglicht sein wird, im Sinne der sicher liberalen Gesetze die Lösung der nationalen, sozialen und kulturellen Fragen auf rechtlich gerechter Grundlage zu finden. Obwohl wir selbstverständlich keinerlei übertriebene Hoffnung auf das Kabinett Beneš gesetzt haben, diese Auffassung über das Kernproblem des Staates und die geradezu verkehrende Form, in der diese provozierende Banalität vorgebracht wurde, hat uns doch überrast. Wir bezweifeln, daß eine derartige Behandlung der Fragen der nationalen Ordnung in der empfindlichsten „Mentalität“ großer Kreise der tschechischen Bevölkerung auch nur ihre notdürftigste Begründung finden könnte, glauben vielmehr, daß es ausschließlich der verderblichen, blinden, nationaldemokratischen Hege zuzuschreiben ist, daß sich der Regierungschef in so blamabler Weise äußerte und dadurch politisch, für das Parlament auch psychologisch, vergiftend wirkte. Daß gemäßigtere Parteien, wie Agrarier und Sozialdemokraten, durch ihre Vertreter in der Regierung auch diesem Teil des „Programms“ ihre Zustimmung nicht verweigerten, ist ein böses Omen für die folgende Tätigkeit dieser Regierung.

Von der Entwicklung zur wirklichen Demokratie, dem Ausbau der lokalen Selbstverwaltung, der Zurückdrängung des zentralistischen, staatlichen Bürokratismus war überhaupt nicht die Rede. Das ist nach dem sonstigen Inhalt der Regierungserklärung eigentlich nicht anders zu erwarten gewesen. Mit großer Bescheidenheit, mit sehr reduzierten Hoffnungen, warteten wir auf das Programm der neuen Regie-

zung. In ihrer Zusammensetzung sozialwidernatürlich, nur durch die augenblickliche Negation des nationalen Problems notdürftig zusammengehalten, wird sie wohl binnen kurzem auch für das tschechische Volk den Beweis liefern, daß sie, weil ohne Idee, ohne Ziel und Plan, nur in der Verteidigung gegen die ehesten Gesetze der geschichtlichen Entwicklung, die neue Grundlagen für den Aufbau des Staates mit eherner Notwendigkeit für seine Bestandsfähigkeit fordert, gebildet, zu kurzem, unfruchtbarem Leben verurteilt ist. Wenn es aber schließlich auch für den Kenner der tschechischen „Mentalität“ erklärlich sein mag, daß eine allnationale tschechische Regierung heute noch einer klaren, offenen Aussprache über die letzten Ziele staatlicher

Ordnung, die im Interesse einer wahrhaftigen Konsolidierung des Staates erfüllt werden müssen, ausweicht, so bleibt es doch völlig unverständlich, daß die neue Regierung für die nationale Verständigung der Völker nicht einmal ein freundliches Wort gefunden hat. Wie reden nicht von „die Hand entgegenstrecken“. Nicht die Spitze vom kleinen Finger bietet die Koalition der tschechischen Parteien dem deutschen Volke, nicht einen winzigen Lichtblick auf den beschleunigten Fortschritt, auch nicht die unbedeutendste Etappe zur Lösung des Streites der Nationen enthält das Programm einer Regierung, die von sich fälschlich behauptet, für die Konsolidierung des Staates wirken zu wollen.

## Das Regierungsprogramm.

### Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus trat gestern zusammen. Unter allgemeiner Spannung der zahlreich erschienenen Abgeordneten und der überfüllten Galerien erschienen die neuen und alten Minister, Dr. Beneš an der Spitze. Präsident Tomášek eröffnete mit Verspätung die Sitzung, erledigte Formalitäten. Dann stellte Tomášek die Minister vor. Herr Czerny, ein alter Bekannter, wurde mit Zwischenrufen empfangen. Ebenso erging es Herrn Mikura aus der Slowakei. Gegen 12 Uhr ergriff dann Ministerpräsident Dr. Beneš das Wort zu einer mehr als halbstündigen Vorlesung seines Exposés, das wir nachfolgend im Auszug bringen. Beneš hat viel geredet, aber umsonst sucht man den Kern, die Kraft dieser Rede. Bedeutend scheint in ihr nur das, was der Ministerpräsident nicht gesagt hat. Die nationale Frage, die brennendste für diesen Staat, brachte er in einer unbedeutenden Bemerkung über Statistik vor. Die Regierungsparteien spendeten seiner Leistung rauschendes Lob. — Nach ihm sprach dann der neue Finanzminister Kovat über den Staatsvoranschlag.

### Die Rede Beneš

#### Verwaltungsreform und Sparsamkeit.

Ministerpräsident Beneš erklärte, die neue Regierung wolle den Staat konsolidieren und stabilisieren in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht. Sollte dies Ziel erreicht werden, so müsse intensiv und konsequent gearbeitet werden. Neben rigoroser Sparsamkeit wird die Regierung dafür sorgen, daß die Verkehrsmittel, die Monopole, die Staatsforste und das Staatseigentum überhaupt einträglich werden, als bisher. Die Regierung beabsichtigt nicht, in diesem Jahre neue Steuern anzusprechen, aber die großen Einnahmen, welche das Budget unseres Staates aufweist, dienen nicht dazu, um zu einem großen Prozentsatz von der Administrative konsumiert zu werden. Der Staat muß vor allem an seine großen sozialen und kulturellen Aufgaben, insbesondere das Schulwesen denken, welchem er immer die größte Sorgfalt widmen wird. Er braucht nicht erst erwähnt zu werden, daß die Regierung nicht die Ausgabe auch nur einer einzigen unbedeutenden Staatsnote gestatten wird. Die Regierung will auch positiv die finanzielle Stabilisierung fördern, indem sie den Aufschwung unserer Industrie unterstützt und durch eine gute Handelspolitik die Entfaltung unseres Handels ermöglicht. Es handelt sich ihr dabei um Vervollkommnung und Regelung unserer kommerziellen Verbindungen mit dem Auslande, um Ergänzung unseres Handelsver-

tragsystems und rascheste Ausarbeitung eines Zolltarifs. Die heutige valutarische und finanzielle Krise darf unseren Handel nicht unvorbereitet treffen, nicht unseren Export tangieren. In diesem Sinne werden unterschiedliche Maßnahmen getroffen werden, insbesondere in der Organisation unserer Zentralstellen, denen die Fürsorge um Handel und Industrie zufällt. Die Regierung, welche bei der wirtschaftlichen Stabilisierung allen Ständen helfen will, kann dabei nicht an den Mittelstand vergessen. Beneš sprach sodann von der Beschaffung einer größeren Auslandsanleihe, worüber in letzter Zeit verhandelt wurde. Alles das hängt aber nicht von Regierung und Parlament allein ab. Beneš richtete darum an Industrie- und Handelsleute einen sehr eindringlichen Appell (durch ihre Solidarität), durch technische und sachliche Tüchtigkeit ihre eigene Zukunft zu sichern.

#### Die Sozialversicherung.

Der Ministerpräsident übergab hierauf auf die sozialen Aufgaben der Regierung, insbesondere die Sozialversicherung. Die Regierung werde unverzüglich die Arbeit in Angriff nehmen und einen Entwurf der Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherung fertigstellen. Allerdings wird es längerer Zeit bedürfen, bevor das tatsächliche Ergebnis der Öffentlichkeit offenkundig wird, weil dabei auch die Finanzfrage in Betracht kommt. Die Regierung wird daneben auch emsig auf dem Gebiete der sozialen und sozialisierenden Gesetzgebung auf Grundlage der bereits eingeleiteten Arbeiten schaffen und sorgen. Die Regierung lehnt es grundsätzlich ab, anderer Deffenlichkeit Versprechungen zu machen, wenn sie nicht von der Möglichkeit ihrer Erfüllung überzeugt ist. Sie ist sich dessen bewußt, daß eine Sozialreform gleich jener der Sozialversicherung einer so großen wirtschaftlichen Anspannung bedarf, daß sie nur Stufenweise durchgeführt werden kann, weil eben auch die Finanzen dieses Staates nur etappenweise gesunden. Der Ministerpräsident erklärte, daß sofort nach Beendigung der Vorarbeiten die Regierung der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf über die Sozialversicherung vorlegen wird. Der Ministerpräsident fügt noch die Bemerkung bei, daß bereits eine ganze Reihe Gesetze und Vorkehrungen sozialpolitischer Natur bestehen. Die Regierung wird mit äußerster Energie diese Gesetze durchzuführen und überall konsequent die Rechtsordnung, den Sinn für Staatsautorität und Gesetz wahren. Die Gesetze dieses Staates müssen bedingungslos erfüllt werden. Unsere Tätigkeit auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung muß möglichst tief vom Sinn für Konsolidierung und Konstruktion erfüllt sein. Wir müssen dabei nicht bloß einen Ausschnitt des sozialen Lebens, sondern die Gesamtheit, den ganzen Staat im Auge behalten. Das bedeutet, daß unsere soziale Gesetzgebung durchdacht, planmäßig sein muß. Eine wahrhafte tiefe Sozialreform muß darum vor allem international erfolgen.

**Vodenreform.**

Der Ministerpräsident übergeht nun zur Bodenreform, von deren rascher Durchführung alle politischen tschechoslowakischen Parteien überzeugt sind. Im Geiste der Beschlüsse über die Bodenreform wird die Regierung zunächst durch Mobilisierung des landwirtschaftlichen Bodens tausenden kleinen Leuten, in deren Interesse sowie in jenem der gesamten Volkswirtschaft, die Erträge sichern und an die unausschiebbare Verwirklichung dieser Normen auch bei Beschlagnahme des Waldbodens herantreten. Die Regierung will im Einvernehmen mit parlamentarischen Kreisen und den Mehrheitsparteien die Richtlinien dieser Bodenreformpolitik festsetzen und hofft dabei auf vorbehaltlose Unterstützung.

**Staat und Kirche.**

Nun diese Frage wendet sich nun Dr. Benesch in verlegener Weise herum, während Vater Schramel, der Wissende, mit keiner Miene zuckt.

**Zur nationalen Frage?**

Der Ministerpräsident verweist darauf, daß in kurzer Zeit der Öffentlichkeit die statistischen Ergebnisse der Volkszählung bekanntgegeben werden, so daß das statistische Material bezüglich der Gliederung der Bevölkerung nach Nationalität, Konfession, Beschäftigung usw. vorliegen wird. Dadurch wird auch im Sinne der sicher liberalen Gesetze die Lösung der nationalen, sozialen und kulturellen Fragen auf rechtlich gerechter Grundlage ermöglicht sein. Für uns bedeuten diese Probleme, Fragen der Rechtsordnung und die Durchführung der demokratischen Prinzipien unserer Verfassung. Ähnlich verhält es sich mit den Fragen, welche durch die Politik der sozialrevolutionären Parteien hervorgerufen wurden. Die Regierung ist gegen jede Politik der Radikalität und betrachtet diese Fragen vom gesamtstaatlichen Standpunkte und nach europäischem Horizonten. Die Völker, die diesen Staat bewohnen, sind kulturell und wirtschaftlich hoch entwickelt und es würde keinem von ihnen zur Ehre gereichen, wenn es sich in dieser demokratischen Zeit der demokratischen Grundzüge unwürdig erwiese. Demokratie bedeutet Diskussion, Arbeit, Verständigung und Ehrlichkeit. Demokratie bedeutet (Wissenschaft: bedeutet Epistel und Konfiskation!)

**Slowakei und Karpathenland.**

Bezüglich der Slowakei und Karpathenruthenen erklärte der Ministerpräsident, daß die Regierung unverweilt zur Realisierung der notwendigen Verwaltungsreformen, insbesondere zur allseitigen Verwirklichung der Administration überhaupt schreiten wird.

**Auswärtigen Politik.**

Der Ministerpräsident wendet sich hierauf der äußeren Politik zu, welche von 3 Erwägungen geleitet war. 1. Geltendmachung der Verträge, welche aus der Pariser Friedenskonferenz hervorgegangen, 2. allmähliche Befestigung aller Kontakte, die wir rings um uns hatten, sowie um Schaffung einer neuen internationalen Atmosphäre, 3. handelt es sich um darum, daß wir in dieser neuen Atmosphäre mit unseren Freunden und Nachbarn an der Reorganisation Mitteleuropas und an der Befestigung des Friedens in ganz Europa praktisch mitzuarbeiten beginnen. Unser Verhältnis zu den großen Verbündeten, zu Frankreich, England, Italien, den Vereinigten Staaten Amerikas ist innig und freundschaftlich und vertieft sich stetig. Zwischen uns und diesen Staaten existiert nichts, was irgendwie diese Beziehungen trüben könnte. Unser Verhältnis zu Jugoslawien und Rumänien findet seinen Ausdruck in den Verträgen über die sogenannte Kleine Entente und bedeutet ein wichtiges Aktivum für die europäische Politik, denn es ist ein starker Faktor des Friedens und der Reorganisation Mitteleuropas. Es ist und bleibt ein Eckstein der neuen Ordnung (!) in Zentraleuropa und darf, kann und wird in keiner Richtung durch was immer beeinträchtigt werden. Auch unsere Beziehungen zu Deutschland haben sich stabilisiert; auch bezüglich ihrer hat sich eine Tradition herausgebildet und es liegt bloß am Willen beider Teile, daß sie bleiben, was sie in den letzten drei Jahren unserer auswärtigen Politik geworden sind. Mit Oesterreich und mit Ungarn ist im letzten Jahre sehr intensiv verhandelt worden, unser Verhältnis zu Oesterreich hat sich, besonders nach dem letzten Besuche des Herrn Präsidenten in Salzburg, gefestigt und ich hoffe, daß es keine Frage gibt und geben wird, welche irgendwie unsere guten Beziehungen bedrohen. Ich hoffe, daß nach Lösung der westungarischen Angelegenheiten auch zu Ungarn bessere Beziehungen eintreten. Gegenüber Rußland kann bloß ein zuwartender Standpunkt beobachtet werden. Dabei haben wir aber sehr entschieden und initiativ in die Frage der Hilfe für Rußland eingegriffen. Mit Polen haben wir eben einerseits wirtschaftliche, andererseits politische Verhandlungen eingeleitet, welche gegen keinen der Nachbarn Polens oder der Tschechoslowakei gerichtet sind und welche einen sehr bedeutenden Anteil an dem wechselseitigen Verhältnis beider Staaten haben werden. Die Beziehungen zwischen beiden Staaten haben sich in jüngster Zeit wesentlich gebessert und die letzten Verhandlungen haben beide Seiten darin bestärkt, daß nicht bloß bei beiden guter Wille besteht, sondern daß auch die Interessen und Ziele beider

Staaten sich leicht in Einklang bringen lassen und zum wirklichen wirtschaftlichen und politischen Einvernehmen führen können. Gelingt es uns, woran ich nicht zweifle, diese letzte Verständigung durchzuführen, dann gelangen wir damit zur Finalisierung einer wichtigen Periode unserer äußeren Politik.

**Große Fortschritte der Armee.**

Ich kann nicht unerwähnt lassen, welche großen Fortschritt unsere Armee in letzter Zeit nach jeder Richtung gemacht hat. Auch das ist uns eine große Garantie für die Zukunft. Der Ministerpräsident streift die Gefahr einer monarchistischen Reaktion, welche besteht, aber nicht überschätzt werden darf. Weder die Ereignisse in Westungarn, noch jene in Oberösterreich können irgendwie unsere Sicherheit oder unsere Interessen berühren. Wir sind entschlossen und stark genug, wir sind auch genügend vorbereitet, um Allem erfolgreich und zeitgerecht begegnen zu können. Unsere auswärtige Politik war und ist eine Friedenspolitik, eine Politik friedlicher Rekonstruktion Europas. Das bleibt sie auch in Zukunft.

Benesch resumiert dann seinen Schlußwortlexikon und läßt sogar eine Opposition, die nicht gegen den Staat, sondern nur gegen Mängel gerichtet ist, gelten. Die Regierung wird wie alle neuen Besen gut lehren.

**Das Exposé des Finanzministers.**

Finanzminister Kovat weist zunächst darauf hin, daß während im vorjährigen Budget ein Ueberschuß von 288 Millionen Kronen zu verzeichnen war, heuer ein Defizit von 788 Millionen Kronen vorhanden ist. Das hat seine Ursache darin, daß im heurigen Budget die erhöhten Lehrgelüste und die Ausgaben zur Verbesserung der Lebensmittel enthalten sind, welche letztere im Vorjahre als Ausgaben der Getreideanstalt nicht in das Budget aufgenommen wurden. Die Einnahmen sind im allgemeinen gestiegen, alle Steuern weisen erhöhte Einnahmen auf. Auch bei der Kohlenabgabe wird eine erhöhte Einnahme von 250 Millionen Kronen präliminiert. Die Regierung würde gern die Abgabe herabsetzen, wenn sie irgend einen Ersatz dafür fände. In seinen Ausführungen über die Staatsausgaben führt der Minister die Ueberweisungen an die Selbstverwaltungskörper an, für die im 852 Millionen Kronen mehr veranschlagt wird als im Vorjahre. Auch die Staatsschulden werden erhöhte Ausgaben erfordern und zwar darum, weil im Jahre 1921 neue Anleihen aufgenommen wurden. Von Interesse sind auch die Ausführungen des Ministers über die Prägung von Metallgeld. Gegenwärtig werden täglich etwa 550.000 Stück Zwanzig Hellerstücke geprägt und mit der Ausprägung von Fünfzig Hellerstücken wurde gerade begonnen. Bis zum Ende des Jahres dürften 40 Millionen Zwanzig Hellerstücke und zwanzig Millionen Fünfzig Hellerstücke fertiggestellt sein. Zu Beginn des Jahres 1922 werden diese neuen Münzen im Umlauf gesetzt werden. Mit der Prägung von Kronenstücken wird man etwa in der Hälfte Jänner beginnen, von denen dreißig Millionen Stück angefertigt werden sollen. Die Gesamtsumme des geprägten Kleingeldes wird über fünfzig Millionen Kronen betragen. — Es müsse bemerkt werden, daß der Personalumschwund im Staatshaushalt ein bedeutsamer sei, was aber eine allgemeine Nachkriegsercheinung in allen Staaten ist. Die Finanzverwaltung wird energische Vorkehrungen treffen, damit diesem Uebelstande abgeholfen wird. Der Minister kam auch auf die mißglückten Anleihen zu sprechen. Der Ertrag der Losanleihe, der zu Wohnzwecken verwendet werden sollte, war so gering, daß die Finanzverwaltung die betreffenden Beträge ihren Kassenbeständen entnehmen mußte. Die Transportanleihe, deren Ergebnis auf eine Milliarde Kronen geschätzt werden war, brachte nur 400 Millionen, die Telephonanleihe dürfte etwa 300 Millionen Kronen bringen. Die Anleihen für den Bau von Wasserstraßen und staatlichen Anlagen kamen wegen der Verhältnisse auf dem Geldmarkt überhaupt nicht zustande. Der allgemeine Charakter des Staatsvoranschlags könne, als das Budget eines Staates bezeichnet werden, dessen innere Festigung langsam, aber merklich fortschreite. Der schönste Voranschlag bleibt auf dem Papier, wenn es nicht gelingt, die präliminierten Einnahmen zu realisieren. In diesem Falle bleibt nichts anderes übrig, als die Ausgaben, den Einnahmen anzupassen, wenn der Staat das verzwweifelte Mittel des Drucks ungedeckter Banknoten vermeiden soll. Bisher ist es der Republik gelungen, eine Insel im Meere der Inflation zu bleiben und wir müssen uns anstrengen, zu verhindern, daß wir in diesem Meere nicht ertrinken. Die Lage unserer Nachbarn verhindert die Stabilisierung unserer Währung umfomehr, als der vorjährige Plan dem Bankamt eine Devisenreserve aus der Zuckerausfuhr zu schaffen, mißlungen ist, so daß der Devisenbesitz des Bankamtes nicht ausreicht, der mächtigen Spekulation zu steuern. Allein es fehlt auch nicht an günstigen Ausblicken. Die gebundene Wirtschaft ist zum größten Teil abgebaut, viele Zentren sind aufgelassen, der Staat verläßt die Funktion eines Geschäftsmannes und Unternehmers, die ihr nicht behagt hat. Aus dem Oben ergibt sich das Finanzprogramm von 1922. Es ist unbedingt notwendig, daß alle öffentlichen

Faktoren, welche auf die Führung der Staatsverwaltung Einfluß haben, die Grundzüge größter Wirtschaftlichkeit befolgen. Jeder Staatsbürger ist verpflichtet, auf diesem Gebiete der Staatsverwaltung behilflich zu sein. „Sparen bedeutet freilich, sich und den anderen etwas versagen und daher wird es eine wenig populäre Parole sein. Wenn wir uns jedoch ins Bewußtsein rufen, daß es keinen anderen Weg zur Gesundung unserer Finanzen gibt, dann müssen wir uns auf diesen unpopulären Weg begeben, auf dem uns als Leitstern die Liebe zu unserer staatlichen Selbstständigkeit leuchten wird.“

Nach der mit dem Beifall der Regierungsparteien aufgenommenen Rede verlassen die Abgeordneten zum größeren Teil den Saal. Präsident Tomasek brachte den weitgehendsten Antrag auf Eröffnung der Debatte für Mittwoch zur Abstimmung. Der Antrag wird angenommen. Nächste Sitzung heute 11 Uhr.

**Klubobmannerversammlung.**

Gestern fand vor der Plenarsitzung eine Klubobmannerversammlung statt, zu deren Beginn Abgeordneter Smeral den Fall Tausil zur Sprache brachte. Bekanntlich ist der kommunistische Abgeordnete Tausil vor einigen Tagen in der Slowakei verhaftet worden. Präsident Tomasek berichtete in Beantwortung der Anfrage Smerals, daß in der Sitzung des Präsidiums bereits auf Veranlassung des Vizepräsidenten Dr. Cech die Immunitätsfälle der Abgeordneten Tausil, Kallina, Bacran und Jung besprochen wurden. Im Falle Dr. Bacran sind die Auskünfte des Ministeriums des Innern nicht zureichend, weshalb das Präsidium verfügte, daß die Vizepräsidenten Dr. Cech und Dr. Huban den Beschwerdeführer einberufen sollen. Abgeordneter Kallina soll auf den Rechtsweg verwiesen werden. In allen anderen Fällen wird das Präsidium die Untersuchung einleiten und in der nächsten Sitzung Bericht erstatten.

Präsident Tomasek besprach sodann die Einteilung der parlamentarischen Arbeiten und den Arbeitsplan für die nächsten Sitzungen am Mittwoch, Donnerstag und Freitag. Es wird die Debatte über die Regierungserklärung abgeführt werden. Freitag Nachmittag erfolgt die Abstimmung über die Regierungserklärung. Die nächsten Wochen sind für die Arbeiten des Budgetausschusses bestimmt, der ungefähr Mitte November dem Hause berichten wird.

Sodann wurde eine längere Debatte über die Behandlung der dringlichen Interpellationen abgeführt. Es wurde beschlossen, die

**Sitzung des Senats.**

**Stürmische Szenen. — Protest gegen die Konfiskationspraxis.**

Die gestrige Sitzung des Senates verlief im allgemeinen ähnlich wie jene des Abgeordnetenhauses. Zuerst hielt Präsident Praesfel dem versprochenen Senator Erzpräfesl Vincenz Sefcik einen seine Verdienste würdigenden Nachruf, der vom Hause stehend angehört wurde. Dann erhielt Ministerpräsident Dr. Benesch das Wort zum Vortrag des Programms der neuen Regierung. Ehe er noch das Wort ergriff, rief der slowakische Kommunist Senator Matusal: „Ich protestiere gegen die neue reaktionäre Regierung! Ich protestiere gegen den diktatorischen Minister der Slowakei, der sich nicht rehabilitiert hat! Ich protestiere gegen das Treiben der staatlichen Polizei, die Abgeordnete und Senatoren verhaftet!“ Präsident: „Senator Matusal hat nicht das Wort!“

Die Rede des Ministerpräsidenten wurde im allgemeinen ruhig angehört. Als er die nationale Frage streifte, rief Genosse Dr. Heller: „Das ist alles, was Sie zur nationalen Frage zu sagen haben? Das ist sehr wenig!“

Zu stürmischen Zwischenrufen kam es, als Dr. Benesch sagte, die Regierung werde gerecht sein und sich nicht mit Kleinigkeiten (malichernosti) abgeben. Die deutschen Sozialdemokraten riefen: „Was sind das für Kleinigkeiten?“

Genosse Dr. Heller: „Was ist's mit den vielen Konfiskationen? Ist das auch eine Kleinigkeit?“

Riefner: „Es ist unerhört, was die Staatsanwälte treiben! Rufen Sie den Prager Staatsanwalt, Herr Ministerpräsident, zur Ordnung!“

Lint: „Es kommen neue Regierungen, aber es bleibt die alte Gewalt!“

Heder: „Schämt Euch für diese Zustände!“ Großer Lärm und andauernde Zwischenrufe.

Dr. Heller: „Konfiszieren! Ununterbrochen konfiszieren! Damit werden Sie den Staat nicht retten! Sie verfolgen die Arbeiterpresse!“

Polach (zur Mehrheit gewendet): „Ihr laßt noch? Ihr seid wohl noch begeistert über

Klub wegen der Zurücknahme der Interpellationen zu befragen. Ministerpräsident Dr. Benesch erklärte, daß die Regierung gewillt ist, alle Interpellationen rechtzeitig zu beantworten und sich streng an die Bestimmungen der Geschäftsordnung zu halten.

**Interpellationen.**

Die Abgeordneten Uhl, Dietl und Ceramak haben an den Minister des Innern eine Interpellation überreicht, die sich mit dem Falle des Schüttenhofener Bezirkshauptmannes der am 24. September im „Sozialdemokrat“ besprochen war, befaßt. Der Krummauer Bezirkshauptmann hat an das dortige Kreisfretariat der Land- und Forstarbeiter ein Schreiben gefandt, in welchem er unter anderem droht, daß, wenn nicht binnen 24 Stunden das Angebot an die Streikenden von diesen angenommen werde, fremde Arbeitskräfte herangezogen werden würden. Weiters warnt der Herr Bezirkshauptmann vor jeder „Einschüchterung“ der Arbeitswilligen und macht auf die §§ 98 und 99 des St. G. „mit allem Ernste“ aufmerksam. Die interpellierenden Abgeordneten fragen nun den Minister des Innern, angeht dieses unerhörten Vorfalls, ob er bereit sei, diesen Fall, der die unglaubliche Parteinahme einer Behörde für Unternehmer gegen streikende Arbeiter bedeutet, zu untersuchen. Weiters fragen die Abgeordneten, ob der Minister des Innern bereit sei, den politischen Beamten, den Verfasser des Schreibens, darüber zu belehren, daß es nicht Sache eines politischen Beamten ist, streikenden Arbeitern ein Ultimatum zu stellen, und der Heranziehung von Streikbrechern zu drohen und für die Unternehmer offen Stellung zu nehmen.

Eine Interpellation der Abgeordneten Heeger, Sadenberg und Häusler beschäftigt sich mit den unerhörten Zuständen in der Tabakfabrik in Reutitschein, die in unserem Blatte vom 17. September eingehend besprochen wurden. Es handelt sich um die Brotlosmachung von Hunderten deutschen Tabakfabrikarbeitern durch die scheinbar von tschechischen Chauvinisten geleitete Tabakfabrik. Obwohl es nach der von den Tschechen mit unerhörtem Terror durchgeführten Volkszählung in Reutitschein 70 Prozent Deutsche gibt, müssen nach einem Erlasse der Zentraldirektion der Reutitscheiner Tabakfabrik 70 bis 75 Prozent tschechische Arbeiter aufgenommen werden. Erst der Rest könne sich aus Deutschen rekrutieren. Die Folgen dieses chauvinistischen Beschlusses ist die Entlassung und erzwungene Arbeitslosigkeit von Hunderten deutschen Arbeitern. Die interpellierenden Abgeordneten stellen an den Finanzminister die Frage, ob er geneigt ist, den Erlaß der Zentraldirektion der Reutitscheiner Tabakfabrik aufzuheben.

**Sitzung des Senats.**

die vielen Konfiskationen!“ Der Präsident lautet heftig: „Bitte um Ruhe!“ Neuer Lärm. Riefner: „Ein Arbeiter wird von Gendarmen getötet und man darf nicht darüber schreiben! Es ist unerhört!“ Der Präsident lautet wiederholt, doch der Lärm dauert fort.

Dr. Heller: „Immer führt Ihr die Demokratie im Munde!“

Plötzlich mengt sich der auf der Präsidententribüne sitzende Senator Klossac in den Lärm und schreit heftig gestikulierend: „Jetzt schreit Ihr! In Oesterreich habt Ihr geschwiegen, als wir eingesperrt wurden!“ Lebhafteste Protestrufe der sozialdemokratischen Abgeordneten.

Riefner: „Das ist nicht wahr! Sie wären, Herr Klossac, längst gehängt worden, wenn sich die „Arbeiter-Zeitung“ Ihrer nicht angenommen hätte!“ Stürmische Zwischenrufe, endlich tritt Ruhe ein, worauf der Ministerpräsident seine Rede fortsetzt.

Nach der kühl aufgenommenen Rede wird in die Tagesordnung eingegangen. Senator Sawlena referiert über die Verstaatlichung der Lokalbahn Lann-Rakonitz. Die Vorlage wird hierauf angenommen.

Die Sitzung wird dann geschlossen und eine Viertelstunde später eine zweite Sitzung abgehalten, um die Zuweisung mehrerer Vorlagen an die Ausschüsse zu ermöglichen.

Noch während der Sitzung sprach Senator Dr. Heller beim Justizminister Dr. Dolansky vor, um über die Konfiskationen, denen der „Sozialdemokrat“ ausgesetzt ist, Beschwerde zu führen. Der Justizminister versprach, die Beschwerde zu prüfen und das Möglichste zu tun, um die Freiheit der Presse zu sichern.

Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Senatoren hielt gestern vor Beginn der Senatsitzung eine Bestprechung ab, in der beschlossen wurde, Gen. Dr. Heller als Mitglied, Gen. Riefner als Ersatzmann für die zu wählende Ersparungskommission zu bestimmen. Weiters wurden die Mitglieder für die „Interparlamentarische Union“ nominiert.

# Das Finanzgesetz 1922.

Zum viertenmal seit dem Bestande der tschechoslowakischen Republik legt der Finanzminister dem Parlament das Budget vor. Es ist ein Merkmal der Staatswirtschaft fast aller Länder nach dem Kriege, daß sie jährlich mit einem Defizit abschließt. Auch in der tschechoslowakischen Republik haben bisher alle Staatsvoranschläge mit einem Fehlbetrag abgeschlossen, der sich in den Jahren 1919 und 1920 auf fast fünf Milliarden belief. Im Jahre 1921 brachte es der Finanzminister Englisch fertig, ein Budget mit einem Ueberschuß von fast 300 Millionen Kronen zu fabrizieren. In Wirklichkeit lief aber neben dem regulären Budget ein mehrere Milliarden betragendes Investitionsbudget einher und überdies wurden im Laufe des Jahres 1921 so viel Nachträge zum Voranschlag vorgelegt, daß der Rechnungsabluß für 1921 schließlich ein mehrere Milliarden betragendes Defizit aufweisen wird. Das Finanzgesetz für 1922, das der Finanzminister gestern in der Nationalversammlung mit einer Rede einbegleitet hat, weist gegen das Vorjahr insofern eine Verschlechterung auf, als nicht einmal mehr der Schein eines präliminierten Ueberschusses vorhanden ist. Die Ausgaben betragen etwa 19 1/2 Milliarden Kronen, die Einnahmen über 18 1/2 Milliarden, sodas sich ein Defizit von 767 Millionen Kronen ergibt. Dieses geringe Defizit wird nur dadurch erzielt, daß es auch heuer ein separates Investitionsbudget gibt, in dem Ausgaben von 3263 Millionen Kronen ausgewiesen werden, sodas das wirkliche Defizit 4031 Millionen, also etwas über vier Milliarden beträgt. Ob es freilich bei diesem Defizit bleiben wird, oder ob es sich im Laufe des Jahres nicht noch erhöhen wird, ist fraglich. Erleichtert wird eine Erhöhung des Defizites dadurch, daß es bloß der Zustimmung des Finanzministers bedarf, wenn Ueberschreitungen in einzelnen Fällen bis 50.000 Kronen vorkommen, während beispielsweise im deutsch-österreichischen Finanzgesetz bei jeder Ueberschreitung die Zustimmung der Nationalversammlung eingeholt werden muß.

Was die einzelnen Kapitel der Staatsausgaben betrifft, wollen wir Folgendes hervorheben: Die Ausgaben für den Präsidenten der Republik sind von einer Million auf drei Millionen Kronen erhöht, die Ausgaben für die Kanzlei des Präsidenten sind um das Doppelte höher als im Vorjahr, nämlich von 15 auf 30 Millionen gestiegen. Auch die Staatsschulden weisen eine beträchtliche Erhöhung auf. Die Ausgaben für Verzinsung und Verwaltung der Staatsschulden betragen zwei Milliarden gegen eine Milliarde im Vorjahre, was in der Hauptsache auf neu aufgenommene Anleihen zurückzuführen ist. Eine bedeutende Erhöhung weist auch das Kapitel für das Ministerium des Auswärtigen auf. Die Gesamtansgabe für dieses Ministerium beträgt heuer fast 300 Millionen gegen nicht ganz 200 Millionen im Vorjahre, was auf die erhöhten Ausgaben für Konsulate und Gesandtschaften zurückzuführen ist. Hier könnten sicherlich erhebliche Ersparnisse erzielt werden. Selbst tschechische Blätter haben darauf hingewiesen, daß unsere diplomatische Vertretung im Auslande größer ist als es einem kleinen Staate entspricht. Der Militarismus, das Lieblingskind der tschechischen Republik, erfordert heuer nicht weniger als 3120 Millionen Kronen, das ist gleich um etwa 800 Millionen Kronen mehr als im Vorjahre. Etwas ein Sechstel aller Staatsausgaben frist der Militarismus; dabei sind Militärausgaben natürlich über das ganze Budget verstreut. Vorläufig konnten wir feststellen, daß im Kapitel 24, welches die Ausgaben für Uebergangsmassnahmen der Nachkriegszeit aufweist, Militärausgaben enthalten sind, die in die Millionen gehen (insbesondere Ausgaben, die die Legionäre betreffen) und daß natürlich, so wie voriges Jahr, auch das Investitionsbudget Ausgaben für Kasernenbauten aufweist, die heuer den Betrag von 168 Millionen Kronen erreichen, überhaupt nicht detailliert sind, was entweder eine Schlamperei der Militärverwaltung oder eine bewußte Nichtachtung der Nationalversammlung bedeutet. Es ist ein arger Mißbrauch, der da mit der Einrichtung des Investitionsbudgets getrieben wird, denn in diesem sollten nur produktive Ausgaben enthalten sein, was aber Bauten von Kasernen ganz sicherlich nicht sind. Besonders auffällig ist im Budget des Ministeriums für nationale Verteidigung die Steigerung der Ausgaben für Munition und Artillerie, die voriges Jahr 378 Millionen, heuer aber 630 Millionen Kronen betragen. Die staatliche Waffenfabrik in Brünn allein erfordert gegen voriges Jahr einen Mehraufwand von 80 Millionen Kronen. Kleinlich ist der tschechoslowakische Militarismus wahrhaftig nicht. Das Schulministerium weist eine Erhöhung seiner veran-

schlagten Auslagen von 600 auf 1100 Millionen Kronen auf. Es wird der detaillierte Voranschlag dieses Ministeriums abzuwarten sein, um festzustellen, ob auch das deutsche Schulwesen an dieser Erhöhung teilnimmt, oder ob vielleicht die erhöhten Ausgaben sich nur auf die tschechischen Schulen beschränken. Beim Post- und Telegraphenministerium stehen den Ausgaben von 871 Millionen Einnahmen von 962 Millionen gegenüber, wonach also die Post- und Telegraphenverwaltung aktiv wäre. Freilich sind hier die Ziffern des Investitionsbudgets nicht berücksichtigt. Dasselbe gilt von der Eisenbahnverwaltung. Stiefmütterlich ist das Ministerium für soziale Fürsorge bedacht worden. Während alle anderen Ministerien gestiegene Ausgaben aufweisen, belaufen sich die Ausgaben des Ministeriums für soziale Fürsorge auf 650 Millionen Kronen, während sie im Vorjahr 695 Millionen Kronen betragen haben. Für die Sozialversicherung sind statt 10 Millionen nur 5 Millionen Kronen eingestellt worden; da ist also schon Rücksicht genommen auf das Regierungsprogramm, wonach die Sozialversicherung etappenweise durchgeführt werden soll. Wenn für die Sozialversicherung so gesorgt werden wird, wie im heurigen Budget, werden wir wohl auf sie lange warten müssen. Dagegen ist die Summe für die Wohnungsfürsorge von 33 auf 113 Millionen Kronen erhöht worden. Es wird abzuwarten sein, ob der Staat diese Summe auch nutzbringend verwenden wird. Auch das Ernährungsministerium tritt im Staatsvoranschlag sehr bescheiden auf, seine Ausgaben wurden von 38 auf 29 Millionen Kronen herabgesetzt. Während man 1921 für die Bekämpfung des Wuchers 23 Millionen ausgab, sind für 1922 nur 9 Millionen Kronen in Aussicht genommen worden. Nach der Anschauung der Regierung muß es also mit dem Wucher nicht so arg sein. Der Wucher für die Wirtschaftskräfte ist beinahe vollständig verschwunden.

Der Finanzminister hat zum Schluß seiner Rede einen heurigen Appell an die Abgeordneten wie an alle Staatsbürger gerichtet, zu sparen. Wir fürchten nur, daß über die Art des Sparens die Vorstellungen in der Bevölkerung nicht die gleichen sein werden. Die Regierung spart bei der sozialen Fürsorge und beim Ernährungsministerium, während sie bei den Ausgaben für die Sicherheit des Staates noch Zinsen und Anzinsen, wie der Minister sagte, nicht spart. Das Finanzgesetz für 1922 ist das Budget eines Klassenstaates, in dem die Staatseinnahmen weniger für die wirtschaftlich schwächeren Klassen als vielmehr für Imperialismus und Militarismus verwendet werden.

## Inland.

### Der Staatsanwalt

hat gestern abendmals den „Sozialdemokrat“ konfisziert! Seit dem Erscheinen unseres Zentralorgans, also innerhalb von sechs Wochen, ist dies bereits die vierte Beschlagnahme, die sich der Prager Herr, unter dessen Vormundschaft uns die tschechoslowakische Freiheit gestellt hat, leistet. Der Vergleich dieser tollwütigen Konfiskationspraxis mit den altösterreichischen Verhältnissen wirkt nachgerade lächerlich, denn gegen die heutige Konfiskationsjagd gehalten, war das österreichische Zensurforum geradezu ein Hort der Freiheit. Es gibt nur noch ein Land, das einen Vergleich anzuknüpfen vermag: China, das gepriesene Land der Mandarinen und des Pöbels. Offenbar sucht sich der republikanische Zensur stets besondere Gelegenheiten aus, um unser Blatt heimzusuchen. Mit Vorliebe konfisziert er Sonntagsnummern des „Sozialdemokrat“, einmal beschlagnahmt er hier wegen unseres „Wortes an Masaryk“, als wir an den Präsidenten die Mahnung zu richten für notwendig fanden, die Opfer der Dezemberjustiz endlich zu befreien und gestern hielt er wohl gleich aus zwei Gründen eine Konfiskation für gerechtfertigt: erstens, weil das Parlament zusammenbrach und er doch zeigen mußte, daß in dem Wechsel der Regierungen, Personen und Systeme er das einzige unerschütterliche Wahrzeichen unserer, ach, so demokratischen Republik darstellt; als Kramaritz, Tuzar, Cerny oder Bensch, Beamtensregierung oder allnationales Kabinett — der Staatsanwalt konfisziert! Zweitens, weil gestern gerade ein Jahr seit dem Tode Josef Seligers verfloßen war und der Staatsanwalt gerade an der Seliger-Gedenknummer unseres Blattes beweisen wollte, wie unrecht Seliger hatte, als er den Kampf dagegen führte, daß die deutsche Arbeitererschaft der Südentländer der Paradiesfreuden des tschechoslowakischen Staates teilhaftig werde. Zum äußeren Anlaß der Konfiskation nahm der Staatsanwalt einen der „Internationalen“ wörtlich entnommenen Bericht über die grundlose Tötung eines Arbeiters durch Gendarmen in der Slowakei, der in der „Internationalen“ unkonfisziert geblieben

war und den wir nachzudrucken für nötig hielten, weil es sich um einen geradezu himmelschreienden Fall von Unmenschlichkeit handelt. Aber derselbe Staatsanwalt, der es nicht duldet, daß das Zensurorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in einem offenen Briefe zum Präsidenten der Republik spricht, derselbe Herr verhindert auch, daß man die erwähnte Gendarmenat beim richtigen Namen nennt, wobei er noch den Erfolg erzielt, daß die Deffentlichkeit durch die Konfiskation von dieser Tat nichts erfährt. Es gehört ganz in den Rahmen dieses Systems, daß man Mißstände und vorgefallene Uebergänge dadurch beseitigt, daß man die Berichte und die Kritik darüber unterdrückt. Der Ministerpräsident bekam gestern von unseren Genossen im Senat die Meinung über dieses System und über die tschechoslowakische Freiheit, wie sie sie meinen, zu hören. Es scheint notwendig zu werden, dieser Meinung jedesmal Ausdruck zu geben, so lange das Wort „Freiheit“ von den Herren Machthabern zum Aufputz dieses Polizeistaates Verwendung findet und der Staatsanwalt ungestört sein Unwesen treiben darf.

### Die Tschechoslowakei und die oberösterreichische Frage.

Schon seit geraumer Zeit häufen sich die Meldungen der Zeitungen, daß der Minister des Aeußeren seinen Einfluß auf die Lösung der oberösterreichischen Frage zu nutzen Polens geltend gemacht hat. Die Herbeiziehung von tschechoslowakischen Staatsbürgern als Sachverständige durch die vom Völkerverbund mit der Lösung der oberösterreichischen Frage betrauten Kommission, welche Herbeiziehung nicht ohne Zustimmung des Ministers des Aeußeren erfolgt sein kann, unterstützt diese Meldungen. Eine solche einseitige und parteiische Einflußnahme wäre für die Tschechoslowakei von den schlechtesten Folgen begleitet. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die tschechoslowakische Republik die innigsten wirtschaftlichen Beziehungen mit Deutschland unterhalten muß, wenn sie nicht einer schweren Schädigung ihrer wirtschaftlichen Interessen ausgesetzt sein will. Einen Erlaß für den wirtschaftlichen Verkehr mit Deutschland in Ein- und Ausfuhr etwa im Westen zu suchen, wäre ganz aussichtslos, da für die Gegenwart und die nächste Zukunft schon die valutairischen Verhältnisse dem entgegenstehen und weil auch sonst die geographische Lage der Republik auf den wirtschaftlichen Verkehr mit Deutschland verweist. Wirtschaft und Politik lassen sich aber von einander nicht trennen und welche Gefahren der Tschechoslowakei drohen würden, wenn sie nicht erträgliche politische Verhältnisse mit Deutschland herbeiführen würde, bedarf keiner Erörterung. Zu alledem kommt, daß die Unterstützung Polens durch die Tschechoslowakei den Verdacht auskommen läßt, als ob die letztere die ihr durch den Friedensvertrag eingeräumte Möglichkeit, rein deutsches Gebiet (Leobschütz) an sich bringen zu wollen. Die Folgen dieser verkehrten Politik, die uns Deutschland entfremden, Polen aber niemals näher bringen kann, zeigen sich bereits in Arrißten angesehenen deutscher Zeitungen.

Die Senatoren Dr. Sella, Richter und Genossen haben diesbezüglich an den Minister des Aeußeren eine Interpellation gerichtet, in der sie u. a. folgendes ausführten:

Wir, die wir ein freundschaftliches Verhältnis mit allen unseren Nachbarstaaten, vor allem mit Deutschland unbedingt haben wollen und die wir die Durchsetzung unserer nationalen Rechte keineswegs durch kriegerische Verwicklungen herbeiführen wollen, sind über all diese Nachrichten und die Folgen einer solchen Politik in große Unruhe versetzt, weil wir die Möglichkeit voraussehen, daß die Fortsetzung einer solchen Politik unserer überdies so schwer bedrohten Wirtschaft großen Schaden zufügen und uns der Gefahr eines politischen Konfliktes mit Deutschland aussetzen können.

Wir fragen daher den Herrn Minister des Aeußeren:

1. Ist es richtig, daß er in der oberösterreichischen Frage irgend welche Schritte zu Gunsten Polens unternommen hat?
2. Wenn ja, wie kann er ein solches Vorgehen rechtfertigen?

Die geheimen Verträge der Tschechoslowakei. In der letzten Zeit mehren sich Zeitungsnachrichten, wonach der Minister des Aeußeren seit Bestand der Republik mit mehreren Staaten Verträge abgeschlossen haben soll, welche der Nationalversammlung bisher nicht vorgelegt wurden. Solche Verträge sollen mit Polen und Oesterreich bestehen oder bestanden haben. Bekannt und zugegeben ist der Vertrag mit Jugoslawien, welcher die Grundlage der sogenannten „kleinen Entente“ bildet. Schon vor ungefähr einem Jahre hat der Minister die Veröffentlichung des Vertrages mit Jugoslawien zugesagt, diese Zusage aber bis heute

nicht eingehalten. Ganz unklar ist es, ob auch Rumänien zur kleinen Entente gehört und auch mit diesem Staate irgend ein Vertrag geschlossen wurde. Der Vertrag mit Polen soll sich auf die oberösterreichische, der Vertrag mit Oesterreich auf die westungarische Frage beziehen. Die Verfassung schreibt im § 64 des Gesetzes vom 29. Februar 1920, Nr. 121 der Zg. der Gesetze und Verordnungen ausdrücklich vor, daß Verträge, aus welchen für den Staat oder die Bürger irgend welche vermögensrechtliche oder persönliche, insbesondere auch militärische Lasten erwachsen, sowie Verträge, durch welche das Staatsgebiet abgeändert wird, der Zustimmung der Nationalversammlung bedürfen. Da die „kleine Entente“ zugebundenermaßen, die Verträge mit Polen und Oesterreich aller Wahrscheinlichkeit nach Bestimmung enthält, welche unter Umständen ein militärisches Eingreifen der tschechoslowakischen Republik vorsehen, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß diese Verträge dem Staate und seinen Bürgern militärische Lasten auferlegen und daher der Zustimmung der Nationalversammlung bedürfen. Die Nichtvorlage dieser Verträge bedeutet einen schweren und überaus bedenklichen Mißfall in die frühere Geheimdiplomatie, welche verhängnisvolle Folgen zeitigte.

Die Senatoren Gen. Dr. Sella, Richter und Genossen richteten in dieser Angelegenheit an den Ministerpräsidenten Dr. Benesch eine Interpellation, in der sie gegen die Geheimdiplomatie in aller Schärfe Stellung nehmen und folgendes ausführten:

„Wir sind daher ungemein beunruhigt darüber, daß diese Geheimdiplomatie auch in der tschechoslowakischen Republik von Seite jener Faktoren getrieben wird, welche die Verantwortung zu tragen haben, in erster Linie von Seite des Herrn Ministers des Aeußeren. — Wir fragen daher:

1. weshalb wurde der Vertrag mit Jugoslawien und falls ein solcher besteht, jener mit Rumänien der Nationalversammlung nicht zur Genehmigung vorgelegt?
2. bestehen Verträge mit Polen und Oesterreich?
3. Wenn ja, welchen Inhalt haben dieselben und ist der Herr Minister des Aeußeren bereit, dieselben sofort der Nationalversammlung zur Genehmigung vorzulegen.

Seingefunden. Die „Schwabstube“ hat ihre Pforten geöffnet und stolz erhobenem Hauptes ist der ehemalige Berner der Parlamentarismus im Allgemeinen und des tschechoslowakischen im Besonderen eingezogen: Dr. Schmal. Er hat die Führung seiner parlamentarischen Gruppe in aller Form wieder übernommen, sitzt in der Klubobmannkonferenz, kümmert sich sehr gewissenhaft um die Einhaltung der Geschäftsordnung, um alle anderen Details der parlamentarischen Arbeiten. Kurz: er agiert mitten in der Schwabstube und wird auch bald wieder wie im alten Oesterreich mit „parlamentarischen Cretenismus“ beschäftigt sein. Rein, äußerlich ist der alte Schmal nicht mehr zu erkennen, er erinnert höchstens an den ganz ältesten Schmal, der im Wiener Reichsrat dem allnationalen Svaz präsiidierte. So würdevoll wie damals gehabt er sich auch heute. Parlamentarismus ad absurdum führen... ach, das war einmal. Das Leben geht weiter und mit ihm Schmal. Er ist wirklich der alte, ewig Neue. Wie Frühling, Sommer, Herbst und Winter.

Die Preßburger Hochverratsaffäre. Die „Radni Listy“ bringen aus Preßburg die aus amtlicher Quelle stammende Nachricht vom Abschluß der Untersuchung in der letzten Hochverratsaffäre, in die der ehemalige Beamte der Generalfinanzdirektion in Preßburg Dr. Jani, der magyarische Oberleutnant Eshoboda, der Kellner Janurel und der Trafikant Goldberger verwickelt sind. Die ganze Angelegenheit ist bis jetzt noch nicht aufgeklärt. Sicher ist, daß es sich um einen staatsfeindlichen Akt handelt, es ist aber noch nicht klar, in wessen Interesse er arrangiert wurde. Das Haupt des Komplotts war Dr. Rad. Jani, der öfters auch in geheimen kommunistischen Konventen zu sprechen pflegte. Er beabsichtigte in der Slowakei Rote Garden zu bilden, welche im geeigneten Augenblick den staatlichen Umsturz durchzuführen sollten. Seine Tätigkeit begann schon im heurigen März. Eshoboda und Janurel wurden die Notgarbisten an. Da sich die Preßburger Kommunisten überzeugen wollten, ob wirklich ein kommunistischer Umsturz geplant sei oder ob es sich um eine Aktion im Interesse Horthys handelte, forderten sie ihre Vertrauensmänner Schmidel und Eder auf, mit Dr. Jani in Verbindung zu treten und die ganze Angelegenheit zu verfolgen. Nach dem heutigen Stande der Untersuchung gelang es nicht, festzustellen, daß diese Aktion mit bolschewistischen Kreisen jenseits der Grenze in Verbindung gestanden habe. Auch ließ sich keineswegs nachweisen, daß Dr. Jani in Verbindung mit den kommunistischen Führern stand. Es scheint vielmehr, daß er auf eigene Faust gehandelt habe, und zwar im Interesse der magyarischen Irredenta. So weit der aus amtlicher Quelle stammende Bericht. „Bravo Lidu“, das diese Meldung der „Radni Listy“ abdruckt, knüpft daran einen dogmatisch gemieteten Ausfall gegen die kommunistischen Führer, insbesondere gegen den Abgeordneten Lantil. Es will wissen, daß das illegale Exekutivkomitee der kommunistischen Partei in Kaschau von den Vorbereitungen im Interesse Horthys gewußt habe und behauptet, daß auf Grund der bei den kommunistischen Führern vorgefundenen Dokumente es schwer sei, zu erkennen, wo wir es mit der Politik der Agierten Horthys oder Karis und wo mit der Schmalis zu tun haben. Wir können uns mit dieser Kampfesweise des tschechi-

den rechtssozialistischen Blättern nicht einverstan-

Das Protektionstind Horthy-ungarn.

(Von unserem Wiener Korrespondenten.)

Was in Venedig unter dem Vorsitz des ita-

Schamloser ist wohl selten ein klares Recht

ungarn trotz dieser Kriegsbereitschaft räumen

Aber nicht nur in Ungarn selbst, auch in seiner

Paris, London und Rom versetzt wurde, kon-

Auch in Deutschösterreich selbst hat sie die

schon anscheinend ungebildig, daß der magha-

Die Ententepolitik hat in Venedig den Ret-

Ein Kulturbild aus Rußland.

Von a-c.

Genosse Dr. Holitscher brachte in der letzten

Wir ist nichts Menschliches fremd — vor

Was ist Sozialismus? — „Sozialismus ist

Lange Jahre lebte ich im zaristischen Ruß-

Cyrill Wallenta.

Von J. J. David.

Endlich ging man auseinander. Madlena

Er lachte und haßte ihre Hand, die sie ihm

„Lach' nicht. Wir werden's büßen müssen.

„Dann am liebsten ein anderer.“

Sie erschrak: „Lach' nicht. Ich bin das Weib

„So nehm' ich's ganz auf mich.“

Sie schüttelte den Kopf. Alsdann verschloß

Er ließ sich unwillig genug, wie ein grei-

„Nichts hab' ich mit ihm gewispert.“

„Du läßt wie der Teufel.“

Sie entgegnete nichts, war ganz Unsicht.

Es war ein sehr übles und trauriges Leben

Einen Beweis dafür fand er darin, daß Wal-

Auch horchte der Zapletal mit einer kranken

So ein Alter! Ja freilich, wer hat mit ihm

Er traute ihnen allerdings so etwas nicht

brav gewesen. Er wußte es nun ganz be-

Nahm er aber Stecken und jagte die Frau

Mit dem Burschen abrechnen? Ja — auch

Rechnung mit ihm halten, in der kein Posten

Die Madlena aber ist aus dem Gleichgewicht

Sie trug die Launen des Gatten mit einer

hygeinischen Jarismus die Mittel für seine militärisch-imperialistischen Gelfüste, die Eroberung von Jaribrad (Konstantinopel) zu lieern. Die ausgleichende Gerechtigkeit des Weltgeschickens sagte es, daß der letzte Romanow nicht nach Jarenburg (Konstantinopel) als „Befreier“, sondern nach Jekaterinburg (Sibirien) als Gefangener des nüchtern gewordenen Volkes einzog. Dort büßte er für seine und den Verbrechen seiner Vorfahren. Das Meer um Konstantinopel könnte nicht die Unmenge Blutes fassen, das die Romanows verneinlich vergossen haben.

Gemeinlich wurde der Schnaps in Rußland „Monopolwola“ genannt, weil er ein Monopol des Staates war, das heißt, es gehörte zu den Hoheitsrechten des Zaren seinen Untertanen gegen Wein die letzten Kopeken „für Rüstungsbede“ aus der Tasche zu ziehen. Doch ein höherer Zweck wurde gleichzeitig durch dieses Verfahren erfüllt. Das in den Mäusen des Alkohols befindliche Gift wurde dadurch auf jener tierisch niedrigen geistigen Stufe erhalten, die der zaristische Absolutismus zu seinem Gedeihen und Fortbestehen bedurfte. Man mußte es sehen, wie der russische Wuschil (Landbewohner) soff! Nicht oft, denn dazu langte es nicht, aber wenn er gerade paar fauer verdiente Kopeken beisammen hatte, wenn er den geringen Erlös für seine Feldfrüchte erhalten, wenn er seine Ferkel, Gänse, Hühner, Eier verkauft hatte, dann machte er sich einen „guten Tag“, dann gönnte er sich eine „butjalla wodka“. Dachte er um sein Frischchen erstanden, dann trat er damit auf die Gasse — denn im Lokale war es behördlich verboten, zu trinken, schlug der Flasche an einem Laternpfahl oder der Mauer den Hals ab, setzte an und soff in einem Zuge bis sie leer war. Dann torfelte er fallend einige Schritte und fiel hin. Staatliche Sicherheitsabteilungen nahmen sich seiner in rührender Weisheit an. Der nächste Jstwaschschil (Einspäher mit einem für europäische Begriffe unbeschreiblichen Gehäut) brachte ihn, wenn es gerade Sommer war, auf eine Wiese, wo oft viele Duzende Betrunkener gleicherweise ihren Rausch ausschließen. Der Jstwaschschil war zu dieser staatlichen Hilfeleistung ohne jegliche Entlohnung auf Grund seiner Fährlichkeit verpflichtet. War es Winter, so brachte man den „Verunglückten“ aufs Polizeirevier, wo ein eigener Raum für die „pjalil“ bestimmt war. Nächsten geworden, verließ er seine gastliche Herberge, ohne daß man ihn nach den Namen oder vielmehr Paß gefragt hatte. Kein Mensch, selbst der Eingeborene nicht, traute sich in Rußland ohne Paß auf die Straße zu treten.

Der väterchen Jar sorgte gar liebevoll für seine braven Untertanen, die ihn so bereitwillig die Mittel zum Soldatenspielen gewährten!

Aber nicht nur der kleine Mann huldigte der Wodka. Ich habe wenige russische Männer in den hervorragendsten Stellungen getroffen, die nicht schwere Trinker gewesen wären. An der Tafel der Vornehmen gab es Wodka, Monopolwola. Vor und nach jedem „Jaluski“ — mit Kaviar, Frischmahonaise und dergleichen sein belegte Lederbrötchen, deren der Russe vor der eigentlichen Mahlzeit eine Unmenge vertilgte, um den Appetit zu reizen — setzte er einen „Weistrid“, das heißt: trank ein Schnapschen. Selbstverständlich auch vor und nach jeden der zahlreichen auserlesenen Gerichte. Man verstand im Zarenreiche zu leben, ehe die Bolschewiken all dieser Herrlichkeit ein jähes Ende benetzten!

Ein richtiger „pratoslowni tschlowjat“ —

man sie nicht ganz verbergen konnte. Denn schof sie sie aus der Stube, sowie sich der Sturm ankündigte, so fuhr er auf und tobte, ob man ihm auch schon Anneschla nehmen wolle. Und wieder ein andermal ging sein Verdacht zurück bis in die ersten Zeiten ihrer Ehe. Und er befeuerte damit selbst das Kind. Es konnte in der Hölle nicht schlimmer sein, mußte sie sich oftmals denken. Und ein finsterner Glaube erwachte in ihm.

Sie hatten sich arg veründigt. Und so tief sie darunter litt, sie war zu schwach, sich dieser Sünde abzutun. Es war auch nicht möglich unter diesen Verhältnissen, wo sie Tag um Tag mit Cyrill sich treffen, an einem Tisch mit ihm sitzen, seine Nähe erleben mußte. Ungehört aber konnte so etwas auch nicht bleiben. Wen aber mochte die Vergeltung treffen? Sie konnte in ihrem Manne bestraft werden und hätte das trotz alledem nicht leicht empfunden. Aber näher lag das Verhängnis über dem Wallenta als dem eigentlichen und überdies unbühferten Urheber aller Verirrungen und sie meinte, ihn sterben sehen zu können, ohne mit einer Wimper zu zuden. Eben darum traf es ihn wohl nicht. Oder es ereifte sie, als die Mitschuldige. Wie aber? Der Tod wäre ihn beinahe willkommen gewesen und sie dachte nur nicht an Selbstmord, weil man ein böses Vorzeichen nicht durch ein noch schlimmeres, nicht mehr zu bereuendes, gutmacht. Oder es konnte Anneschla treffen und ihn und mit dem Kind sie vernichten. Dachte sie so weit, dann triete sie vor ihr nieder: Denn Kinder, die sündenrein sterben, gehen als Engeln ein in die Freude des Herrn und bitten für die Vergehungen zu einem Gevatter täglich schwerer.

So wurde dem Wallenta der Gang zu seinem der Eltern.

rechtgläubiger Russe — brachte es ungefähr auf ein halbes Hundert solcher „Weistride“. Dazwischen trank man wahllos Porter, Champagner, — nur die teuersten französischen Marken — Madiva, Burgunder, Rheinwein, wie es eben kam. Dann erreichte die Stimmung ihren Höhenpunkt, der Herr „Staatsrat“ produzierte sich, indem er das Erzeugnis eines Schweines wirklich zum Verwechseln ähnlich nachahmte, die Musik mußte die Jarenhymne intonieren, die Champagnerkelche wurden gegen die hohen Wandspiegel geschleudert, die Freundschaftsbeteuerungen klangen keine Grenzen. Mit wieviel russischen Männern von Rang und Würde hab ich mich in diesem Zustande umarmt! — ich mußte ja wollen, um nicht die Gastfreundschaft zu verletzten. Hochachtung empfinde ich noch heute vor der russischen Frau, die im allgemeinen diese Schnapsorgien verabscheute. Sie verabscheute auch den Mann, der sich diesen Erzeugnissen hingab und — emanzipierte sich von ihm. Die eigenartigen Moralbegriffe der russischen Frau haben die Verachtung des Mannes zur Grundlage. Unverhältnismäßig zahlreich sind die Vertreterinnen des weiblichen Geschlechts, insbesondere der oberen Gesellschaftskreise gewesen, die die Revolution vorbereiten halfen und daran tätigen Anteil nahmen.

Die Monopolwola war ein reiner Getreideschnaps von — dies sei anerkannt — vorzüglicher Güte; kein giftiger Kartoffelsafel wie bei uns. Was verschlug es, daß zur Zeit des zaristischen Regimes infolge Dürre manche Convernements von Hungerkatastrophen heimgeführt wurden? Das überflüssige Getreide glücklicherer Regierungsbezirke wurde nicht etwa nach den Hungergegenden zur Linderung der Not versendet, sondern viel gewinnbringender in Schnaps verwandelt.

Dann brach der Krieg aus. Der Zar erließ einen Ulas — Alkoholverbot für die Zeit des Krieges; wohlgemeint nur für die Zeit des Krieges. Den heimgekehrten Kriegern sollte der Siegestrum nicht vorenthalten werden. Fragt Eure Genossen, die in russischer Kriegsgefangenschaft waren, wie dieser Ulas gehandhabt wurde. Gewiß, der kleine Mann, der „gemeine“ Soldat bekamen keinen Alkohol zu Gesicht, darauf wurde mit Strenge gesehen. Der „Herr“ Offizier, der Tschinowil (Beamter), der Kupiz (Kaufmann) war wie früher tagtäglich voll besoffen. Der Alkoholmißbrauch, das Besoffensein ist das Standesprivileg „erstaßlicher“ Menschen geworden.

Nicht unerwähnt bleibe hier der „Watuschla“, das „Väterchen“. Das sind die Popen, insonderlich die Landgeistlichkeit, in deren Händen sich auch die Säule, die Erziehung des Landvolkes, befand. Ich habe noch nie einen nüchternen Popen gesehen. Wenn er in seinen byzantinischen prunkvollen Gewändern die Häuser betrat, um mit seinem Beihwibel Vieh und Mensch und Feldfrucht gegen sofort zu entrichtenden Klagen den Lohn zu legen, noch man ihn schon, ehe er das Haus betrat. Er war sozuzagen von Vermiss wegen verhalten, viel zu trinken, denn mit je tieferer Grabestimme er das der orthodoxen Liturgie wibische, immer wiederkehrende „Gospodin pomiluj, gospodin pomiluj!“ (Herr, erbarme dich unser, Herr erbarme dich unser!) dröhnend hinausposaunte, desto mehr Ausacht hatte. Bischof zu werden — Archimandrit wie man dortzulande sagte. Die Bildungstufe dieser Geistlichkeit, der Popen, übertraf die eines überreichlichen längerdienenden Feldwebels oder eines Profosjen nicht. Außer einem tiefen

Er sah so gar kein freundliches Gesicht mehr. Das Kind hatte ihn offen und machte nicht im mindesten Hehl daraus. Wie eine Wildtaube fauchte es ihn an, die sich wohl sträuben läßt, aber immer nur auf den günstigen Augenblick zu einem Krallengriff dabei lauert. Ihm tat diese Abneigung ordentlich weh. Denn nicht aus Berechnung hatte er sich um Anneschla bemüht. Er liebte Kinder wirklich und ehrlich, mußte die Künste, die sie einem zulassen machen und er war sogar nicht wenig stolz auf seine Macht über die kleinen Gemüter. Hier versagte sie völlig und in unbegreiflicher Weise. Hier, wo ihm am meisten an einer Wirkung lag. Und überhaupt, hier gefiel es ihm nicht. Denn seine Eitelkeit, wohl das Stärkste und Ursprünglichste in ihm, wurde hier unzulässig und in der empfindlichsten Weise verletzt. Auch war das mit der Karetjanowa kein Verhältnis, wie es ihm gefiel. Und es wurde auch durchaus nicht, wie er sich's wünschte. Er war niemals der Herr und Gebieter. Sonst zitterten die Mädchen und Weiber, mit denen er's gehabt, vor dem Ende, und er konnte drohen. Diese zitterte nach dem Ende. Sie wünschte nichts, als seiner ledig zu werden, und verbergte nicht einmal, wie sehr sie unter dem Leide, was unter ihnen bestand. Niemals machte sie ein Hehl daraus und marterte ihn. Und das ewige Verfluchen vor aller Welt regte ihn auf, und er kam sich selbst schon schlecht in der Haut vor, wenn er seine verstoßenen Pfad: schlich.

Er strengte seinen ganze Scharfsinn im Dienst des Bauern an. Alle seine Geisteskräfte bot er für ihn auf, und das Vermögen des Zapletal wuchs mit einer unheimlichen Schnelligkeit. Sie zwei allein wußten, wie reich der Mann war; reicher als die meisten, die da herum auf

Kellerhof und einen wallenden Christusbart wurde von ihm nichts gefordert.

Der typische Vertreter dieser Schwarzen Geißlichkeit — es gab in Rußland auch eine Weiße Geißlichkeit — ist der berühmte Rasputin, der, obzwar kaum des Lesens kundig, doch den ganzen Zarenhof mit seinem Sokusopus und seinem unzuchtig-brünnlichen Andachtsfult betörte. Da die Geschichte Rasputins die Geschichte Rußlands ist, muß ich Euch wohl diesen Wudka- und Casanova-Batschla später einmal eingehend vorstellen.

Die Bestechungsgelder, nicht minder die erprechten Beträge von den Erwischten, die die russische Polizei für die Duldung der Umgehung des Alkoholverbotes nahm, machten jeden dieser ehrenwerten Silbe zum reichen Mann. Diese braven Leute, die nicht mehr als zwölf Rubel pro Monat vom „Staate“ nahmen, dafür, daß sie so meisterhaft die „Raynala“ (Knete) handhabten, hatten kleine harmlose Nebeneinkünfte. Jede Hausdurchsuchung nach verbotenen Büchern war ein kleiner Haupttreffer für die Polizei.

Als im Herbst 1917 die Sowjets die Regierungsgewalt übernahmen, stürzten sie grausam das patriarchalisch-idyllische Verhältnis zwischen Obrigkeit und Untertan. Sie dekretierten: Absolutes Alkoholverbot. Eine Spezialität dieser Zeit waren die sogenannten „pjanil pogromi“ (besoffene Pogroms), die mitzuerleben ich in verschiedenen Städten Gelegenheit hatte. Die durch die Revolution gelockerte Rechtsordnung benützte der Pöbel, um dort, wo er Alkohol vermutete, gewaltsam einzudringen und zu rauben. Man nahm sich nicht die Mühe, das geraubte Gistche Raß nach Hause zu bringen, sondern stürzte sich mit durstiger Gurgel wie tollwütig auf das langentbehrte Feuerwasser, Revolver pflegten bei solchen Anlässen von selbst loszugehen. Die Rote Garde kam mit einem Panzerauto heran, Maschinengewehre knatterten, brennende Spiritusfässer und Schuppen erhellten grauig, gleich riesigen Fackeln den blutigen Schnee der nordischen Nacht — in einer Stunde wälzte sich auch die Rote Garde vollstrunken am Boden, worauf man dann eine andere, zuverlässigere Abteilung auf sie losließ.

Ein Bild, das sich unvergeßlich meinem Hirn eintrug, sei hier angeführt. Der Russe ist von Natur autmütig und gewiß mehr als jeder andere edlen menschlichen Regungen zugänglich. Wenn er aber Schnaps wittert, wird er zum Tier. In Zumbitel an der Wolga war es; ungefähr heute vor vier Jahren. Der Straßenpöbel hatte herausgebracht, daß sich im Keller eines Hauses ein Wein- und Wödrdepot befände, das durch die zaristische Regierung versiegelt worden war. Ein Menschenhaufen drang durch die enge Kellerstiege ein, man erwischte die ersten Flaschen, zerließ sie, wie man's gewohnt war, setzte zum Trinken an. Doch da stürmen schon Späterkommende nach, es kam zu einem entsetzlichen Gedränge und Gedränge — am Boden liegend saßen sie, bis sie zertraten waren. Wein- und Schnapsfässer wurden mit Haken — jeder Landrassie trägt stets seine Art bei sich — zertrümmert. Der Keller gleich einem tiefen Tümpel verschiedenster Alkoholsorten, in das sich ein Chaos zerfallener Flaschen und Fässer, rotes Blut und Menscheneiber mischte. Dreiundzwanzig noch zudenoe Stadover zog man später heraus. Man pumpte den Keller aus, in die Gasse. Die Stadover lagen am Pfaster. Ein efliges Gemisch von Blut und Schnaps, das da heransquoll. Da sah ich es, wie sich „Menschen“ auf den Bauch legten und aus

Edelhöfen saßen. Er selbst wollte nichts davon. Er nahm nicht einmal mehr etwas für seine nächsten Bedürfnisse von ihm an. Nur seine Anerkennung der Dienste, die er sich abzwang, denn sie gingen gegen Leute, die ihm nie etwas getan, begehrt er. Die wurde ihm geweigert oder in einer Art gezollt, der man anmerkte, wie schwer und widerwillig sie sich aus einem vergifteten und von allen Befürchtungen zerfressenen Herzen losraug. Ja, es war eben eine böse Welt! Voll Falschheit und voll häßlichen Undanks. Und wenn er schon ein Lump sein sollte, für dies Gesindel war er immer noch zu gut, und dies war sein ganzes Unglück. Er hatte halt Gemüt. Und er nahm sich die Dinge zu Herzen. Dagegen war nun einmal nichts zu tun; wen's hatte, den halt es eben. Da half nur Flucht. Er mußte fort von dieser Madena, die ihn mit ihrer traurigen Schroftheit verhexte, daß er keiner anderen mehr denken konnte. Als ließen nicht Frankenzimmer genug für einen dreifsten Gefellen auf dieser Welt umher! Fort von diesem Wucherer Karetjan, der dieser Anneschla, die ein rechter Edel war, diesem ganzen Dorf, einer Pfütze, in die er zu seinem Unheil getreten. Je nun, besser ein Zieffel.

„Du, das möcht' ich einmal hören“, meinte der Jindral und entlastete seine Harmonika zu einem neuen Stürmlied.  
„Sie nicht froh, Blinder. Aber fortgehen muß ich. Sonst kommt nichts Gutes heraus.“  
„Du mußt mir nicht alles nachkrächzen, wie der Vogel, der vermaldeite“, fuhr Wallenta auf. „Wer wird mich aber in der Heimat vernichten? Keine Menschenfelle.“  
Jindral erschrak und tat keinen Mund mehr. Er mußte, es sei mit seinem Freund nicht immer gut Kirchen essen.

der Gasse diese Fauche schlürften — Ecco homo! Homo sapiens! —

Mitleid, Erbarmen und Verständnis hab ich mit Euch, Ihr Armen, Ihr Verirrten! Auch denen, die diese Triebe in Euch wecken, in Euch züchteten! Auch über das Grab, Euch Romanows und Euren Senkershelfern! Ihr seid die Schuldigen für die Blutaten des Bolschewismus!

Und Ihr russische Gelehrte und Staatsmänner die Ihr jetzt im „goldenen Prag“ Eure Köpfe zusammensteckt, um das alte Rußland in seiner modernen Herrlichkeit wieder aufzurichten, fählt Ihr Euch nicht mitschuldig? Habt Ihr Eure Pflichten erfüllt . . .

Erziehet das Volk! waren Washingtons letzte Worte — wie Genosse Dr. Hollischer uns gezeigt, erfüllen die Epigonen des ersten amerikanischen Präsidenten sein Vermächtnis. Doch Ihr landesflüchtige russische Gelehrte und Volkstribunen — was habt Ihr bisher getan? . . .

**Die Forst- und Güterbeamten.**

Bis in die jüngste Zeit hinein war eigentlich nur das Industrieproletariat der Träger des gewerkschaftlichen und sozialistischen Gedankens. Die große Masse der Angestellten fand recht zögernd den Weg in die freien Gewerkschaften und eine noch verhältnismäßig schwache Schicht ist es, die eine offene und überzeugte sozialistische Gesinnung an den Tag legt. Mit Bedauern muß festgestellt werden, daß viele Angestellte die Gewerkschaften nur als Mittel zum Zweck, als wirtschaftliche Reflexhah betrachten und schon in der losen Beitragsleistung eine volle Pflichterfüllung erblicken. Erziehung wird hier mangelhaftes Solidaritätsgefühl und unsoziales Denken und Handeln beseitigen müssen.

Eine Angehüllenschicht blieb scheinbar vom sozialen Zeitsturm unberührt und das war die der Forst- und Güterbeamten. Adelige und bischöfliche Gnadensonne verschleuderte sorgsam jeden Neuerungsgeanken und machte die Forst- und Güterbeamten zu liebedienlichen Knechten der blaublütigen Grundherren. Geduldig, ohne zu mucken, trugen die Güterbeamten die Launen und die Willkür ihrer Brotherrn, ein huldvolles, herablassendes Lächeln von diesen machte den „gehorsamen“ Diener glückseligträumend. Dieses harmonische, patriarchalische Verhältnis erfuhr eine schlimme Trübung als das Sorgengepenst der wirtschaftlichen Not vernehmlich an die Türen der Forsthäuser pochte. Dazu kam noch die nicht unbegründete Furcht um die Bestattung ihres Weiterexistenzens, bedeutet doch die praktische Durchführung der Prager Bodenreform die sichere Vernichtung von tausenden Angestelltenexistenzen.

In der Erkenntnis der stetig steigenden wirtschaftlichen Not fanden nun endlich auch die Forst- und Güterbeamten den Weg des wirtschaftlichen Selbstschutzes, die Gewerkschaft. Der deutsche Güterbeamtenverband war bis in die letzten Tage ihr Interessenvertreter, ihm vertrauten die Forst- und Güterbeamten und wer das nötige Vertrauen nicht entgegenbrachte, um freiwillig den Beitritt zu diesem Verbands zu vollziehen, wurde ganz einfach von der üblichen Güterverwaltung hinein kommandiert.

„Allen hab' ich Gutes getan, und alle werden auf mich haben, wenn ich erst einmal fort bin. Aber das ist einmal in der Welt so. Warum wird man schlecht? Weil die Welt miserabel ist.“

Jindral betastete seine neue Harmonika zärtlich: „Ja, das ist nun einmal in der Welt so.“  
„Da wird man herumgehudelt im Leben. Was haben sie allein beim Militär auf mir für Stücklein gespielt, bis ich gemerkt hab', man kann auch auf andern spielen! Das wollen sie sich nicht gefallen lassen. Alle haben sie von mir gelernt.“

„Ja, Alle und allerhand“, bezeugte der Blinde.

„Du ant meinst. Ein Füscher warst du, ein Bettelmusikant, nach dem man nur tanzen konnte, wenn's einem schon sehr in den Füßen judte, und dem man seinen Kreuzer gibt, nur damit er um Gotteswillen aufhört.“

„Ein Füscher? Ein Bettelmusikant? No, no!“ meinte Jindral gekränkt.

„Wie hal's nur früher hier ausgesehen? Wie bei einem Räuber, dem sein Geschäft sehr schlecht geht. Und jetzt ist's doch ganz menschlich hier.“

„No ja. Aber ich war doch blind.“  
„Das bist jetzt auch noch. Aber ein Schwein bist du nicht mehr. Eine Ordnung habe ich in dich hineingebracht, wie man sie beim Militär hat. Und ein Geld hast auch.“

Der Blinde judte zusammen. Davon hörte er sehr ungern.

„Bissel was. Bissel was. Gar wenig.“ Und er spreizte seine Finger ängstlich, als müßt' er freizeitliche Finger behüten. „Und deine Musik machst, daß es eine Passion ist. Du wirst an mich denken. Wirft, Jindratschu?“  
(Fortsetzung folgt)

die Mitgliedsbeiträge wurden ohne Befragen vom Monatsgehälte abgezogen und die famose Gewerkschaft des Güterbeamtenverbandes war komplett. Die Führung dieser „Gewerkschaft“ übernahm der als Sozialistenkrieger und Leiter der Gablonzer Bezirkshauptmannschaft seligen Andenkens bekannte Doctat R a p p e r i c h. Die Erfolge einer solchen Kampfesorganisation müßten naturgemäß nicht ausbleiben und so warten auch noch heute diese gewerkschaftlich verführten und bedauernswerten Angestellten vergeblich auf eine den Verhältnissen entsprechende Sicherung ihrer Existenzmöglichkeit. Mit der Faust in der Tasche halten sie Ausschlag, wie sie sich der unwürdigen Fesseln entledigen können, jedoch die Geschäftsführer und ihre willfährigen Vollzugsvollstrecker, für welche die soziale Frage gelöst erscheint, halten mit brutaler Rücksichtslosigkeit die unteren und mittleren Beamtengruppen in ihrer Notmäßigkeit. Die Frechheit und Brutalität dieser Leute macht jedes Koalitionsgesetz zuchanden.

Und dennoch dümmert es! Wie dort die Not der Zeit das soziale Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer den Güterbeamten vor Augen führte, so werden auch hier die Angestellten der land- und forstwirtschaftlichen Großbetriebe eine andere Art der gewerkschaftlichen Selbsthilfe suchen und finden. Vielfach sind es politische Erwägungen, die die Mehrheit dieser Angestelltenkategorie vom Anschluß an die freien Gewerkschaften zurückhalten und gewisse Kreise lassen nichts unberührt, um diesen gewerkschaftlich unorientierten Menschen das Gruseln vor dem „roten“ Wau-wau zu lehren. Solche Taschenpiekerkunststücke versangen aber nur für einen bestimmten Zeitraum, die wunde reale Wirklichkeit wird die Halslosigkeit dieser Phrasen messen und mit ihnen jene Elemente, die sich ihrer bedienen.

In Deutschösterreich ist dieser Wandlungsprozess bereits vor sich gegangen. Dort hat der Güterbeamtenverband seinen Anschluß an die freien Gewerkschaften vollzogen. Und wer hat sie dorthin geführt? Die Ränder und Lehrer des so viel gepriesenen wirtschaftsfriedlichen Zusammenarbeitens, die adeligen und unadeligen Brotherrn! Die in Deutschösterreich grauenhaft steigende Teuerungswelle zwang die Forst- und Güterbeamten Gehaltsforderungen zu stellen. Gibt es doch dort noch Forstwärter mit einem Monatsgehalt von 143 Kronen, Schreiber: einhundertvierzig und drei Kronen Monatsgehalt! Es wurde das Begehren um eine 800prozentige Gehaltserhöhung gestellt und die Antwort? Großmützig boten die Gutsherrn ganze 35 Prozent Gehaltserhöhung.

Und wie steht es in der Tschechoslowakei? Seit Jahren „kämpft“ der Güterbeamtenverband um die Anerkennung der sog. „Bindenden Richtlinien“, die heute in keinem Verhältnis zum Existenzminimum des Angestellten stehen und bis zur Stunde warten die lammströmenden Einkommen geduldig auf die Anerkennung dieser Richtlinien seitens der Großgrundbesitzer. Die Führung muß demnach eine unrichtige sein, wenn einjahrrelanger Kampf ohne jeden Erfolg ist. Und so ist es auch! Die Führung ist eine unaufrichtige. Auf der einen Seite wird gegen die „roten“ Gewerkschaften gehetzt und auf der anderen Seite bittet die Leitung des Güterbeamtenverbandes den Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten, die Bestrebungen nach Regelung der Gehalte und menschlichen Verhältnisse der Forst- und Güterbeamten zu unterstützen. Es wäre auch wirklich zu schön, wenn sich die sozialdemokratischen Abgeordneten mit Tatkraft für die berechtigten Belange dieser Beamtenkategorie einsetzen und Erfolg erzielen würden und der Güterverband frohlockend die Errungenschaften als seinen Erfolg hinausposaunen könnte.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden wie schon in unzähligen Fällen vorher, auch diesmal wieder unausgesprochen für den Selbstschutz des wirtschaftlich Schwachen manhaft eintreten. In der Nationalversammlung hat wiederholt der Abgeordnete H i r s c h tatkraftig für die Interessen der Güterbeamten Stellung genommen. Jedoch die Hilfe kann nicht einzig und allein von Außen kommen, das Mitstreiten und Mitkämpfen der unmittelbar Beteiligten ist eine Bedingung für die glückliche Lösung der Streitfragen in ihrem Sinne.

Die Güterbeamten müssen erkennen, daß es diesmal um ihr wirtschaftliches Sein oder Nichtsein geht und wer in einem solchen entscheidenden Augenblick der wirksamste und wertvollste Bundesgenosse ist. Die Gewerkschaften und Parteien, die programmatisch für eine Güterzerstückelung sind, können durch ihre politische Phrase kein Helfer in der Not sein. Diesen fehlt der aufrichtige Wille, die Kraft und die Macht den Brotkämpfern zwischen gewerkschaftlich unretten Arbeitnehmern und einer bornierten und rückständigen Arbeitgeber-

klasse zu Gunsten der Ersteren zur Austragung zu bringen. Auch hier steht sich wieder Klasse gegen Klasse, Geldsack gegen Armut und können jene für den Schutz der wirtschaftlich Hilflosen eintreten, die die Verfechter des Geldsackes, der bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung sind? Die Güterbeamtenenschaft Deutschösterreichs hat sich die Verantwortung dieser Frage vorgelegt und sie mit dem Beitritt zum großen Heere der Klassenkämpfer beantwortet. Hunderte Forst- und Güterbeamten der Tschechoslowakei haben bereits dieser Scheinorganisation eines Güterbeamtenverbandes längst den Rücken gekehrt, die große Mehrheit muß diesem Schritte folgen, wenn die Forst- und Güterbeamten nicht ein Opfer ihrer Kurzsichtigkeit und blinden Vertrauen werden wollen.

### Gedenket des Fonds für euer Zentralorgan!

### Erzönig Ludwig gestorben.

Budapest, 18. Oktober. Erzönig Ludwig von Bayern ist heute nachmittags um 4 Uhr 30 Minuten in Sarvar gestorben.

### Italien und die kleine Entente.

Eine französische Stimme.  
Paris, 17. Okt. (Sabas.) Der „Temps“ sagt in Besprechung der Benediger Beratungen, daß das Abkommen keinen der beiden Teile vollkommen befriedige, weder Magyaren, welches größere Vorteile zu erlangen wöhnte, noch Oesterreich, welches die Anschauung vertritt, daß es keine Koncessionen zu machen brauche. Trotzdem müsse man die von der italienischen Diplomatie vorbereitete Regelung eine glückliche nennen, da sie Komplikationen vorbeugt, welche als eine Gefahr in ganz Mitteleuropa hätten empfunden werden können. Eine Richterfüllung des Friedensvertrages von Trianon könne auf keine Weise geduldet werden, auch nicht von der kleinen Entente. Der „Temps“ erinnert daran, daß Dr. Venesich den Vermittlungsgedanken verfaßt hatte, dem sofort ein gleiches Anerbieten seitens Italiens gefolgt sei, da die römische Regierung nicht wünsche, daß mitteleuropäische Angelegenheiten ohne sie geregelt werden und namentlich, daß die Staaten der kleinen Entente im Gebiete des ehemaligen Donauraumes Einfluß üben. Niemand beabsichtige, die besonderen Interessen Italiens in Zentraleuropa zu leugnen, doch müsse bemerkt werden, daß die kleine Entente dort keine geringeren Interessen habe, und man dürfe nicht daran vergessen, daß die Regelung sämtlicher europäischer Fragen eine Angelegenheit der in vollkommener Einigkeit vorgehenden alliierten Mächte sei.

### Nach den Benediger Beschlüssen.

Was wird Ungarn tun? Eine Belgrader Pressestimme.

Belgrad, 18. Oktober. (Lid. B.) Das Organ der radikalen Partei „Samopran“ führt in Besprechung des Ergebnisses der Benediger Verhandlungen aus: Von Wichtigkeit ist die Tatsache, daß er einem belagerten Staate, wie es Ungarn ist, gelang, im Widerstande gegen den St. Germainer Friedensvertrag die Bestimmungen dieses Vertrages zu eigenen Gunsten abzuändern. Die Grundfrage der Nachkriegspolitik der Verbündeten besteht in der fröhlichen Durchführung der Friedensverträge. Diese Grundlage ist in der Burgenlandfrage verletzt worden. Italien scheint mit seiner Aktion gute Beziehungen zwischen Ungarn und Oesterreich herzustellen und eine neue Politik hinsichtlich der Länder Mittel- europas inaugurations zu wollen. Das Endziel dieser Politik ist noch unklar. Italien läßt an, den Boden für eine Annäherung Oesterreichs an Ungarn vorzubereiten. Diese seine Politik kann leicht die durch die Siege der Verbündeten geschaffene Lage gefährden, denn die ungarischen Chauvinisten werden, von welcher Seite immer unterstützt, noch dreister an die Verwirklichung ihrer Pläne, in erster Reihe an die Restancierung der Gabsburger schreiben. Pflicht unserer Verbündeten ist es, der südöstlichen Gestalt größte Aufmerksamkeit zu widmen.

### Der griechisch-türkische Krieg.

Neue Angriffe Kemal's.  
Paris, 17. Oktober. (Sabas.) Aus Konstantinopel wird vom 17. d. gemeldet, die Kemalisten hätten einen heftigen Angriff auf die Front Assiu Karahissar in der Richtung auf Dumlupinar begonnen, um die Eisenbahnlinie Esti Schemir-Sumru abzuschneiden. Der Angriff, der mit 2 Infanteriedivisionen und einer Kavalleriedivision ausgeführt wurde, hat bereits dazu geführt, daß die Eisenbahnlinie an zwei Stellen erreicht wurde.

### Amerikas Friede mit Deutschland.

Washington, 18. Okt. (Reuter.) Der Senat lehnte den vom Senator Walsh zum deutsch-amerikanischen Friedensvertrag beantragten Zusatz ab, durch welchen empfohlen wird, die Vereinigten Staaten mögen sich den übrigen Mächten zum Schutze Deutschlands gegen einen nicht provokierten Einfall anschließen. Weiters wurde mit 52 gegen 6 Stimmen ein zweiter Änderungsantrag Walshs abgelehnt, durch welchen die Vereinigten Staaten aufgefordert werden, Deutschland ihre Dienste anzubieten, wenn es überfallen würde.

### Wieder ein Bandenangriff.

Wien, 18. Oktober. (Lid. B.) Amlich wird gemeldet: Gestern haben unsere Sicherungstruppen bei Lafnitz den Angriff einer ungarischen Bande abgewiesen und die Bande vertrieben.

### Geligers Todestag.

Am Grabe.  
Aus Tepfik wird uns telephoniert:  
Dienstag, am Jahrestage des Todes Josef Geligers, besuchten nebst der Witwe Geligers und seiner Kinder die Mitglieder der sozialdemokratischen Kreisparteivertretung von Tepfik—Saaz, die Mitglieder der sozialdemokratischen Bezirksvertretung von Tepfik und viele Genossen und Genossinnen aus dem Tepfiker Bezirk und aus den Nachbarbezirken gemeinsam das Grab des unvergesslichen Führers. Im Namen des Parteivorstandes war Genosse Högl, in Vertretung des Klubs der Abgeordneten und Senatoren Abg. Genosse H i r s c h erschienen. Da zur selben Zeit Abgeordnetenhaus und Senat Sitzungen abhielten, war es den übrigen parlamentarischen Vertretern nicht möglich, an der Trauerfeier teilzunehmen. Im langen Zuge, dem zwei Kränze vorangetragen wurden, begaben sich die Teilnehmer der Trauerkundgebung auf den Schönauer Friedhof. Nachdem die Kränze am Grabhügel niedergelegt worden waren, hielt Genosse H o s b a u e r eine kurze, ergreifende Ansprache, in der er die Erinnerung an den großen Führer wachrief und für die Mitarbeiter und Schüler Geligers das Gedächtnis erneuerte, das Werk, an dem dieser ein Leben lang mit eisiger Hand gearbeitet hatte, fortzuführen und zu vollenden. Nach der Ansprache verharren die Genossinnen und Genossen noch eine Weile in stummer Trauer am Grabe und traten dann in tiefer Nahrung den Heimweg an.

### Die Trauerkundgebung unserer Abgeordneten.

Nach Schluß der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses versammelte sich der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten zu einer Trauerfeier zum Gedächtnis unseres unvergesslichen Führers Josef Geligers. Der Platz, den Geligers als Vorsitzender eingenommen hatte, war mit einem schwarzumflossenen Keltenkranz geschmückt. Genosse Dr. C z e c h hielt eine ergreifende Gedenkrede, die von den Mitgliefern des Klubs lebend angehört wurde.

### Tages-Neuigkeiten.

Die Folgen des Stahlbads. Jetzt endlich finden sich Ärzte, die offen bekennen, welche Schuld die deutsche Ärzteschaft durch ihr Verhalten während des Krieges auf sich geladen. Damals war es die Ärzteschaft, die immer wieder, entgegen besseren Wissen, öffentlich behaupteten, die erbärmlichen Ernährungsverhältnisse, die fettlose und fleischlose Kost einträchtig die Volksgesundheit nicht, ja, sie seien sogar günstig für den Gesundheitszustand, weil wir früher „zu gut“ gelebt hätten. Wie die Kriegsjahre tatsächlich wirkten, davon gibt ein Artikel Dr. Fritz Schlegelers in der Berliner „Volkzeitung“ Kunde. Nachdem er auseinandersetzt, daß so mancher, der sich glücklich pries, heil und unverletzt das „Stahlbad“ verlassen zu haben, heute über Schmerzen in Armen und Beinen zu klagen anfange, fährt er fort: „Ebenso wundert sich aber auch mancher, der das Glück gehabt hat, nicht mit „draußen“ gewesen zu sein, über plötzlich auftretende Schmerzen, die er sich ebenfalls als Folgen einer jahrelangen Unternahrung erklären kann. Mancher, der heute magen- und nierekrank ist, hat dieses Leiden dem famosen Kriegsbrot oder der von „Durchhaltekräften“ so oft begutachteten Kriegskost (Rüben- und Kartoffelwalmeh) zu verdanken. Die Spezialisten für Nierenkrankheiten hatten noch nie lobt sie so tun wie in der Nachkriegszeit. Auch aus verschiedenen Hödern, die von Nierenkranken aufgesucht werden, erfährt man, daß sie gerade in diesen Jahren stark bestrahlt waren. Daß natürlich auch die „draußen“ wie „drinnen“ zu überlebenden Seelenkämpfe schwere Erbitterungen des Herbensystems hervorgerufen haben, kann jeder täglich an sich

selbst und seinem Nächsten erfahren. Die Nervenzustände sind überfüllt. Nervenzustimmungsmittel wurden noch nie soviel abgesetzt wie heute. Und obwohl heute fast jeder schwer um die Existenz zu kämpfen hat, waren auch dieses Jahr die Sommerfrischen und Seebäder überfüllt. Von den verschiedensten Seiten, von Beamten, Arbeitern und Intellektuellen, wurde mir berichtet, daß man sich zwar in Schulden gestürzt hat, daß man es aber habe tun müssen, weil die Nerven der Ausspannung bedurft hätten. Neben diesen Folgeerscheinungen des herrlichen Krieges muß auf dem Gebiet der Volksgesundheit natürlich auch an zwei Krankheiten erinnert werden, die gerade heute eine ungeheure Verbreitung angenommen haben. Das sind die beiden schrecklichsten Volkskrankheiten: S y p h i l i s und T u b e r k u l o s e. An dieser Stelle wurde ja schon durch den mutigen Salvarsanbekämpfer Dr. Droum auf die große Verbreitung der Syphilis hingewiesen, die im Gegensatz zu allen Statistiken der Salvarsanfanatiker täglich zunimmt. In gleicher, wenn nicht noch größerer Verbreitung als die Syphilis findet sich die Tuberkulose, vor allem die Lungen-tuberkulose. Diese Krankheit wird ja schließlich die Proletariatskrankheit genannt und ihre Verbreitungsziffer ist ein Spiegelbild der jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse. Kein Mensch wird behaupten, daß unser Wirtschaftsleben heute auf der Höhe ist. Dafür hat der Weltkrieg gesorgt. Immer mehr Berufsstände werden proletarisiert. Kindern und den Mädchen von 17 bis 23 Jahren. Die schlechte Ernährung während des Krieges, die auch heute noch nicht viel besser geworden ist, hat die Widerstandskraft gebrochen, hat die Menschen blutarm gemacht und sie dem Ansturm der Tuberkulose preisgegeben. Der deutsche Volkkörper zeigt zum mindesten dasselbe traurige Bild wie der deutsche Wirtschaftskörper.“ Diese Tatsachen sind nicht abzustreiten. Aber umso schmerzlicher für die Ärzte, die sie von vornherein erkannten, aus Feigheit oder andern niedrigen Motiven, aber sie leugneten und ins Gegenteil sie umzukehren versuchten. Und was das Beschämendste ist: auch heute noch handelt die Ärzteschaft gleich gewissenlos, denn sonst müßte sie sich einmütig auf die Seite der Arbeiterklasse stellen und sie in ihrem Emanzipationskampf, der ja auch ein Kampf für die Volksgesundheit ist, tatkräftig unterstützen.

Daten über die Schüler der Volksschulen in der Slowakei und in Karpathenland. In Beginn des Schuljahres 1920—21 bringt Nr. 19 der „Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes“ folgende Daten. Von der Gesamtzahl der an den Volksschulen in der Slowakei eingeschriebenen Schüler (369.851), insofern die Einschreibung durchgeführt und festgestellt werden konnte, waren 185.838 (50,2 Prozent) Knaben und 184.013 (49,8 Prozent) Mädchen. Fremder Staatsangehörigkeit waren 755 (0,2 Prozent) Schüler. Slowakischer oder tschechischer Nationalität waren 246.198 (66,6 Prozent) Schüler, russischer, ruthenischer Nationalität 10.594 (2,9 Prozent), deutscher 17.715 (4,8 Prozent), magyarischer 86.521 (23,4 Prozent), polnischer 537 (0,1 Prozent), jüdischer 8042 (2,2 Prozent), anderer 244. Von der Gesamtzahl der an den Volksschulen in Karpathenland eingeschriebenen Schüler (54.842), insofern die Einschreibung durchgeführt und festgestellt werden konnte, waren 28.094 (51,2 Prozent) Knaben und 26.749 (48,8 Prozent) Mädchen. Fremde Staatsangehörigkeit wiesen 35 (0,1 Prozent), Kinder aus Ruthenischer (russischer Nationalität) waren 31.987 (58,2 Prozent) Kinder, slowakischer oder tschechischer 1195 (2,2 Prozent), deutscher 1284 (2,3 Prozent), magyarischer 12.323 (22,5 Prozent), jüdischer 7701 (14,0 Prozent), rumänischer 356 (0,7 Prozent), polnischer 43

Ablehnung des Frauenstimmrechtes im Kanton Genf. In der Volksabstimmung über die Einführung des Frauenstimmrechtes im Kanton Genf wurde die Gesetzesvorlage mit rund 14.000 gegen rund 6500 Stimmen verworfen.

Wie eine sozialdemokratische Gemeinde handelt wird. Die Marktgemeinde Deutlich-Diebau bei M. Schönberg besteht zum größten Teile aus Textilarbeitern. Gewerbetreibende und Bauern sind in der Minderzahl, deshalb war Deutsch-Diebau schon seit vielen Jahren eine sozialdemokratische Burg und dementsprechend ist auch seit den letzten Gemeinderatswahlen dort eine sozialdemokratische Mehrheit. Seit mehr als 10 Jahren besteht in Deutsch-Diebau ein Krankenhaus mit Defizitcharakter, welches für den Ort und seine Umgebung sehr notwendig ist. Die frühere Gemeindeverwaltung hatte aber das Krankenhaus sehr vernachlässigt, deshalb gab der mährische Landesauschuss der Gemeinde den befristeten Auftrag, größere Umgestaltungen vorzunehmen. Der Operationsaal, die Küche, die Aborte mußten umgebaut werden. Die Aufnahme eines größeren Darlehens für diese Arbeiten wurde vom Landesverwaltungsausschuss bewilligt und die Schönberger Sparkasse erklärte sich bereit, der Gemeinde das Geld zu borgen. Um den nötigen aber jetzt nach den neuen Bestimmungen die Sparkasse zur Bewilligung des Darlehens an eine Gemeinde

die Genehmigung der politischen Landesverwaltung — und diese Genehmigung wurde der Schönberger Sparkasse verweigert. Einer Abordnung, welche in Prag beim Minister Cerny darüber Klage führte, wurde von diesem erklärt, daß die Entscheidung der Landesverwaltung ganz in Ordnung wäre, denn die Schönberger Sparkasse habe keine Staatsanleihe gezeichnet. Nur wenn die Schönberger Sparkasse Staatsanleihe zeichne, ihre bestehenden Lombardschulden bezahle und den Zinsfuß heraufsetze, könne sie die Erlaubnis bekommen, an Gemeinden Darlehen zu geben. Alle Hinweise der Abordnung, daß Geld jetzt sehr schwer und sehr teuer erhältlich ist, daß der Bau mangels vorhandener Mittel eingestellt werden müßte, daß damit das Krankenhaus ohne Operationsaal, ohne Küche, ohne Aborte bliebe und einfach geschlossen werden müßte, blieben erfolglos. Der Minister blieb bei seiner Entscheidung: Ohne Staatsanleihe keine anderen Darlehen. Die Gemeinde Deutsch-Liebau ist heute schon dem Baumeister über 20.000 K schuldig und wird den Bau einstellen müssen, da sie nirgends Geld auftreiben kann. Während des Krieges hat die österreichische Regierung die Sparkasse mit allen möglichen Mitteln gezwungen, Kriegsanleihe zu zeichnen. Ebenso geht der Minister Cerny mit der Staatsanleihe vor. Die ganze Öffentlichkeit weiß, daß die Verquickung: Kriegsanleihe — Staatsanleihe unmöglich ist, daß die Sparkassen, welche große Kriegsanleihebestände und große darauf haftende Lombardschulden haben, unmöglich noch Staatsanleihe zeichnen könnten. Der Präsident selbst hat die Lösung der Kriegsanleihefrage als unbedingt notwendig erklärt, aber das alles hindert den Minister nicht, den Versuch zu unternehmen, die Schönberger Sparkasse zur Zeichnung von Staatsanleihe zu zwingen. Und weil diese das nicht machen kann, werden dafür die Gemeinde Deutsch-Liebau und die Kranken bestraft. Ein solch rücksichtsloses Vorgehen muß in der ganzen Öffentlichkeit nur Empörung hervorrufen.

**Die Benennung von Gassen und öffentlichen Plätzen.** Zur Durchführung des Gesetzes vom 14. April 1920, Slg. Nr. 236, über die Städte-, Gemeinde-, Ortschaf- und Gassennamen, sowie über die Benennung der Gemeinden mit Ortsnamen und die Nummerierung der Häuser hat die Regierung die Durchführungsvorschriften vom 25. August 1921, Slg. Nr. 394, kundgemacht am 6. September 1921, erlassen. Art. 5 dieser Verordnung bestimmt über die Benennung von Gassen und öffentlichen Plätzen Folgendes: „Darüber in welcher Sprache die Gassen und öffentlichen Plätzen benannt werden sollen, hat vorbehaltlich der Begünstigungen das vorliegende Abkapsel der Gemeindevertretung Beschluß zu fassen. Beschließt die Gemeindevertretung die Benennung in einer anderen als der tschechisch-slowakischen Sprache, so sind in den Gemeinden, in denen nach der letzten Volkszählung wenigstens 20% von Staatsangehörigen tschechischer Sprache wohnen und in Störorten die Gassen und öffentlichen Plätze daneben in der Staatssprache, und zwar immer an erster Stelle zu bezeichnen. Trifft die Gemeindevertretung einen den Vorschriften dieses Gesetzes widersprechenden Beschluß, so hat die Aufsichtsbehörde der staatlichen Verwaltung das Recht und die Pflicht, den Vollzug eines derartigen Beschlusses zu sistieren und, falls die Gemeinde die ihr obliegenden Vorkehrungen zu treffen unterläßt, hat diese Behörde auf Kosten der Gemeinde Abhilfe zu schaffen.“ Schon aus dem Wortlaut dieser Bestimmung geht hervor, daß es sich nicht um eine allgemeine Umbenennung der Gassen und öffentlichen Plätze, sondern nur darum handelt, in welcher Weise in Zukunft vorkommendenfalls die Neubenennung von Gassen und öffentlichen Plätzen zu erfolgen hat, oder mit anderen Worten: Durch die bezogene Verordnung werden die Gemeinden keineswegs verpflichtet, die bisherigen Benennungen im Sinne des Art. 5 zu ändern. Daß dies richtig ist, geht aus § 10 des Gesetzes vom 14. April 1920, Slg. Nr. 236, hervor, welcher lautet: „Soweit es sich um die Benennung von Gassen in der Zukunft handelt, wird sie von der Gemeindevertretung beschlossen. Dieser Beschluß ist binnen acht Tagen der vorgesetzten politischen Behörde vorzulegen, die verpflichtet ist, die Ausführung des Beschlusses zu unterlassen, wenn er den Bestimmungen des § 7 widerspricht.“ Eine Aenderung der bisherigen Benennung ist bloß in den Fällen des § 7 vorgeschrieben. Im Uebrigen steht es im freien Ermessen der Gemeinde, ob sie die Benennung der Gassen und öffentlichen Plätze ändern will oder nicht. Wenn § 22 des Gesetzes bestimmt, daß der Sprachgebrauch bei der Durchführung dieses Gesetzes in der Weise geregelt wird, so kann sich bezüglich der Benennung der Gassen und öffentlichen Plätze nur auf die Fälle der §§ 7 und 10 beziehen; denn sonst würde die Durchführungsvorschriften über das Gesetz hinausgreifen und somit der gesetzlichen Grundlagen entbehren. Wir stellen also fest: Art. 5 der bezogenen Verordnung hat nur dann Anwendung zu finden, wenn vom Tage

der Kundmachung der Verordnung an, also beginnend vom 6. September 1921, die Gemeinden, die Benennung von Gassen und öffentlichen Plätzen, sei es nach § 7, sei es nach § 10 des Gesetzes, vollzieht. Dagegen kann aus Art. 5 der Verordnung nicht die Verpflichtung abgeleitet werden, Gassen und öffentliche Plätze, deren bisherige Namen dem Art. 7 des Gesetzes nicht widersprechen, umzubenennen, bezw. auch in tschechisch-slowakische Sprache zu benennen. Die von den politischen Behörden erlassenen Aufträge, die Gassen und öffentlichen Plätze, auch wenn der Fall des § 7 des Gesetzes vom 14. April 1920, Slg. Nr. 236 nicht gegeben ist, im Sinne des Art. 5 der bezogenen Durchführungsvorschriften umzubenennen, entbehren also jeder gesetzlichen Grundlage.

**Nord und Selbstmord.** Aus Mähreisch-Trübau wird uns gemeldet: Montag nachmittags um 4 Uhr erschog der 41jährige Arbeiter Franz Heger, wohnhaft in Mähreisch-Trübau, Spitalgasse, zuerst seine Frau und sodann sich selbst. Beide waren sofort tot. Als Ursache der Tat wird Eifersucht vermutet. Heger hinterläßt vier unmündige Kinder. Es wurden zwei Briefe, der eine an seiner Vater, beinhaltend das Testament, und einer, gerichtet an die Gendarmerie, vorgefunden.

**Einbruchdiebstahl.** In der Nacht auf den 8. Oktober brachen Diebe in das Schuhwarengeschäft des Jaroslav Schantora in Dorely bei Duschitz ein und entwendeten Schuhwaren im Werte von 11.000 Kronen. Nach einer Woche kam in das Schuhhaus der Elisabeth Schiller in Köstitz der 31 Jahre alte Franz Winter aus Smichow und bot dort 15 Paar Stiefel und Oberleder, welcher aus diesem Einbruch herührten, zum Verkauf an. Er wurde verhaftet und dem Strafgericht eingeliefert.

**Vubenjirch.** In der Kolargasse in Karolinenthal schloß aus einer Steinwälder der Schüler der fünften Volksschulklasse in Karolinenthal Johann Rehal. Ein Stein traf den Realchüler Jaroslav Dostal aus Glatowitz ins linke Auge und verletzte ihn schwer. Wegen den Gassenbuben wurde die Strafanzeige erstattet.

**Vom dritten Stock hinuntergeplungen.** Die Hausmeisterin Barbara Nahlowska aus Weindorfer sprang gestern Abend in selbstmörderischer Absicht vom dritten Stockwerke in das Ziegenhaus hinab und fiel ins zweite Stockwerk. Sie wurde in das Weindorfer Krankenhaus überführt. Die Ursache ihrer Tat sind Unstimmigkeiten mit dem Hausherrn.

**Postautoverkehr auf der Linie Eshlan—Böhmerwald—Mladno.** Am 23. Oktober wird die regelmäßige Beförderung von Personen, Gepäck und Postsendungen mittels Postautos zwischen Eshlan und Mladno eröffnet werden. Die Automobilbetriebsleitung befindet sich in Eshlan.

### Gerichtssaal.

#### Der Raubmörder Svoboda zum Tode verurteilt.

Wie uns aus Jglau telephonisch mitgeteilt wird, wurde heute das Urteil im Raubmörderprozess Svoboda, über dessen Verlauf im „Sozialdemokrat“ wiederholt berichtet wurde, gefällt. Der Hauptangeklagte Gottfried Svoboda wurde zum Tode verurteilt, sein Vater Johann Svoboda wurde als mitschuldig zu achtzehn Monaten schweren Kerkers, verbunden mit monatlich einmaligem Fasten und dreimaligem harten Lager, Marie Svoboda, die Gattin des Johann Svoboda, zu achtzehn Monaten schweren Kerkers, monatlich einmaligem Fasten und dreimaligem harten Lager, Theodor Svoboda, der Bruder des Gottfried Svoboda, zu fünfzehn Monaten schweren Kerkers, monatlich einmaligem Fasten, dreimaligem harten Lager verurteilt. Die übrigen Angeklagten: Marie Hadrich, Josef Maurer und Robert Birnbau wurden freigesprochen. Der Verteidiger meldete die Nichtigkeitbeschwerde gegen alle Verurteilungen an.

### Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

#### Lohnbewegung und Vertragsverhandlungen in der Brauindustrie für Böhmen.

Für die Arbeiterschaft in der Brauindustrie wurde im Oktober vorigen Jahres ein Kollektivvertrag geschaffen, der die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesem Beruf in den deutschen und tschechischen Gebieten regelte. Durch die Schaffung dieses Vertrages wurden ja doch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter, die bis dahin der übrigen Arbeiterschaft gegenüber sehr zurückstanden, einer wesentlichen Besserung zugeführt, wenn auch damit noch lange nicht den Wünschen der Arbeiterschaft entsprochen wurde.

Ein qualifizierter Arbeiter, ein Provisionsist wurde mit einem Wochenlohn von K 280.— entlohnt, Vorderkräfte, also verantwortliche Personen, waren mit einem Höchstgehalt von K 315.— bedacht, und das waren die Lohnsätze jener Gruppen, wo nur Großbetriebe wie Pilsen, Prag, Bräun eingerechnet sind. In den anderen Gruppen, und das sind im Ganzen sechs, sind die Lohnsätze bedeutend niedriger, sodaß z. B. in der 6. Gruppe männliche

Hilfskräfte mit K 166.— und Professionisten mit K 185.— entlohnt wurden.

Wenn in Erwägung gezogen wird, welche Anforderungen in den Brauereien, besonders in der Saison, an die Beschäftigten gestellt werden, wie der Arbeiter in der Brauerei bei seiner Beschäftigung viele Kleider und Schuhe benötigt, so wird man zugeben müssen, daß eine solche Entlohnung wohl nicht in Einklang zu bringen ist mit den tatsächlichen Bedürfnissen der Arbeiterschaft, wenn auch nur in primitivster Form.

Durch die Schaffung des Kollektivvertrages wurde jedoch das eine Gute mit erzielt, daß auch auf dem Lande in den kleinen Brauereien, wo früher die Verhältnisse geradezu trostlos waren, auch der Arbeiter ein geordnetes Lohn- und Arbeitsverhältnis erhielt und nicht mehr der Willkür des Unternehmers ausgesetzt war.

Der Kollektivvertrag hatte eine einjährige Gültigkeitsdauer, die am 31. August 1921 zu Ende ging und auf Grund einer Bestimmung, wonach in vierteljährigen Intervallen Revisionen des Lohnes vorgenommen werden können, glaubte die Arbeiterschaft eine insbesondere Besserentlohnung zu erreichen.

Eine solche Lohnrevision hat nur einmal während der Vertragsdauer stattgefunden und bei dieser Gelegenheit wurde den Vertretern der Arbeiterschaft von Seite der Unternehmer bedeutet, daß es möglich sein wird, in späterer Zeit eine allgemeine Umstellung der einzelnen Lohngruppen herbeizuführen, wodurch eine Reihe von Brauereien in höhere Lohnkategorien eingereiht worden wären, was besonders für die deutschen industriellen Gebiete von Bedeutung gewesen wäre. Dieses Versprechen der Unternehmer wurde bekanntlich nicht eingehalten und die Folge war, daß im Juli eine allgemeine Bewegung unter den Brauarbeitern entstand, welche an einigen Orten Nord- und Westböhmens zu Streiks führte. Ueber diese Bewegung ist in den Blättern ziemlich ausführlich berichtet worden, sodah hier nicht weiter darüber gesprochen werden soll, aber dieser Ausbruch des Unwillens der Arbeiterschaft spielte auch bei den gegenwärtigen Vertragsverhandlungen eine bedeutende Rolle.

Wie schon bemerkt, ging am 31. August l. J. der alte Vertrag zu Ende und noch im Laufe dieses Monats hatten die in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen, und zwar zwei tschechische Verbände in Prag und der Zentralverband der Lebensmittelarbeiter in Bodenbach gemeinsam die Wünsche und Forderungen der deutschen wie tschechischen Brauarbeiter den Unternehmern übermittelt. Die Unternehmerorganisation hatte eine Kommission eingesetzt, die die Aufgabe hatte, die Forderungen der Arbeiterschaft zu studieren. Nach Verlauf von 1 1/2 Monaten war man mit dem Studium zu Ende, und endlich am 13. Oktober l. J. fanden nun in Prag in der Handels- und Gewerbekanzlei die Verhandlungen über einen neuen Vertrag statt.

Was zu erwarten war, trat ein, die Unternehmer erklärten, keine Lohn-erhöhung bewilligen zu können und begründeten dies damit, daß die Brauindustrie infolge der hohen Kosten der Erzeugung der Produktion nicht in der Lage ist, finanzielle Opfer auf sich nehmen zu können, daß sie durch die Biersteuer geschädigt ist und die Regierung selbst ein Ansuchen um Erhöhung des Bierpreises noch nicht bewilligt habe. Ganz entschieden wurde bestritten, daß eine Erhöhung der Preise der Lebensmittel und Bedarfsartikel eingetreten sei, weshalb eine Berechtigung zu einer Lohnforderung gänzlich fehle. Nach längeren Auseinandersetzungen kam doch eine Vereinbarung zustande, wonach der alte Vertrag bis zum Schluß des Jahres 1921 weiter bestehen bleibt. Im Jänner des nächsten Jahres werden dann die weiteren Verhandlungen folgen. Für die Zeit vom 1. September bis 31. Dezember 1921 erhalten die Arbeiter einen Anschaffungsbeitrag in der Höhe von einem Pfennig pro Wochenlohn für Verheiratete und zwei Wochenlöhne für Ledige. Die Auszahlung dieser Beträge erfolgt je zur Hälfte zu Beginn des Monats November und Dezember.

Die Arbeiterschaft in den Brauereien, besonders in den deutschen Gebieten, muß alles daran setzen, um ihre Organisation zu stärken und auszubauen, wenn es ihr gelingen soll, ihre wirtschaftliche Besserstellung herbeizuführen. Denn sie hat einen mächtigen Gegner, mit dem sie zu rechnen hat und dieser Gegner besitzt die Mittel, um seinen Willen durchsetzen zu können. Die letzten Vorgänge im Juli bis August sind ein Fingerzeig, welcher beweist, daß es vieler Arbeit und Aufklärung bedarf, um auch den Brauereiarbeiter zu einem Kämpfer, im Klassenkampf zu erziehen, um sein Wortwärtkommen zu ermöglichen. Die Beschäftigten der Brauereien in den deutschen Gebieten werden auf diese Vereinbarungen

aufmerksam gemacht und bei eventueller Nichtberücksichtigung wolle man sich an den Zentralverband der Lebensmittelarbeiter, Bodenbach a. E., Robert Blumstraße 2 wenden, wo auch Auskünfte gern erteilt werden.

**Teilweiser Buchdruckerstreik.** In einer Reihe von Städten sind die Buchdrucker in den Ausstand getreten. Bemerkenswert ist, daß es sich vor allem um deutsche Städte handelt, wo sich scheinbar die größten Schatzkammern befinden. In Eger, Leitmeritz, Warnsdorf und Friedland stehen alle Betriebe still, in Aussig arbeiten die Druckereien des Mercklonzerns und die Firma Jarfchel. In Jungbunzlau haben die Arbeiter garlandigt, in Prag sind in den 27 Betrieben, die bereits einen Ausgleich mit der Gehilfenschaft getroffen haben, im Laufe des Tages fünf weitere Betriebe dazugekommen, darunter die „Bohemia“ und die „Radni Listy“ sowie die „Tribuna“.

**Konsumverein Teplitz-Schönan.** Soeben ist der Geschäftsbericht des Konsumvereines Teplitz-Schönan für das Geschäftsjahr 1920—21 erschienen. Den Bericht schmückt das Bild Josef Seligers, dessen Tätigkeit als Verkäufer, Mitglied des Aufsichtsrates, des Vorstandes und später Obmannes des Vereines in einem einflussreichen Artikel geschildert wird. Sorgfältig gearbeitet ist der Bericht des Vorstandes, der auch über den Kreis der Mitglieder des Konsumvereines Teplitz-Schönan Interesse erregt wird. Der Bericht beginnt nämlich mit einer allgemeinen Darstellung der Ernährungsverhältnisse im abgelaufenen Jahre und wendet sich sodann der Versorgung mit den einzelnen Warengruppen zu. Der Warenumsatz betrug 31.193.457 K 22 h. Während im Vorjahre der durchschnittliche Umsatz auf ein Mitglied, soweit die Umsatzzahlen abgeleitet wurden, 1876 K betrug, stellte er sich in diesem Jahre bei 8621 tausenden Mitgliedern auf 3618 K. Der Ueberfluß beträgt 86.505.57 K, die Betriebsausgaben machen 10.88 Prozent des Umsatzes aus. Der Verein hat gegenwärtig 26 Verkaufsstellen und beschäftigt ein Personal von 169 Personen. Auch dieser Geschäftsbericht enthält, wie es nun bei unseren Konsumvereinen gang und gäbe wird, eine sehr lehrreiche graphische Umsatzzarstellung seit Bestehen des Vereines und eine Karte der Verkaufsstellen des Konsumvereines. Der praktische Wert des Berichtes für jeden Genossenschaftler wird erhöht durch das beigelegte Kalendarium.

**Entlassungen bei der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft.** Die Prager Eisenindustrie-Gesellschaft hat auf ihren Bergwerken in Jbich 120 Arbeiter und in Lodenitz bei Beraun 180 Arbeiter entlassen, darunter auch Leute, welche 10 bis 20 Jahre bei ihr in Arbeit standen.

**Deutscher Ausverkauf.** Wie der Berliner „Vorwärts“ meldet, steht mit der Verschlechterung der Valuta der Ausverkauf Deutschlands verschärft ein. Die schweizerische Grenze mußte für den Grenzverkehr in Textilien gesperrt werden, weil der valutatstarke Nachbar die badischen Grenzorte in Kleidungsstücken vollständig ausgekauft hatte.

**Der Wert der Krone.** Es kosten: 100 holländ. Gulden 393, 100 Mark 52 1/2, 100 schweiz. Franken 183, 100 Lire 280, 100 franz. Franken 70 1/2, 1 Pfund Sterling 38, 1 Dollar 98, 100 belg. Franken 70 1/2, 100 Peso 128 1/2, 100 Dinar 137 1/2, 100 Lei 73, 100 österr. Kronen 3.40, 100 poln. Mark 2.12 1/2, 100 ung. Kronen 13.90 tsch. Kronen.

### Aus der Partei.

**Versammlungstätigkeit im Bliner Bezirk.** Abgeordneter Genosse Hirsch hielt Samstag und Sonntag im Bezirk Bliu drei Versammlungen ab, die alle sehr gut besucht waren. In Langau gest hatte die Versammlung ein geradezu festliches Gepräge, es herrschte eine vorzügliche feierliche Stimmung und es wurde der Wunsch ausgesprochen, der Abgeordnete möchte bald wiederkommen. Sonntag vormittags fand in der Bezirksstadt Bliu eine sehr gut besuchte Versammlung statt. Es waren wohl einige Kommunisten anwesend, die sich aber nicht zu hören trauten. Es war das erste Mal, daß sich die Bliner Kommunisten die Wahrheit so ruhig anhören mußten und nicht erwiderten. Die Ausführungen des Genossen Hirsch wurden mit großem Beifall aufgenommen und ihm das Vertrauen ausgesprochen. In dieser Versammlung war außer dem parlamentarischen Bericht auch ein Bericht des Bürgermeisters auf der Tagesordnung. Dieser geistelte mit großer Schärfe das Verhalten der deutschbürgerlichen Gemeindevertreter, die nun deshalb schon den zweiten Monat die Sitzungen des Stadtrates sabotieren, weil der Bürgermeister die fremden Händler, welche billigere Waren auf den Wochenmarkt bringen, nicht do-vonläßt. Es kann nun weder eine Stadtratsung noch eine Sitzung der Gemeindevertretung stattfinden. Merkwürdigerweise kommen aber auch die gewählten Vertreter der tschechischen Bevölkerung nicht in die Sitzungen, obwohl doch deren Verlangungen nach den Sitzungen nur durch Beteiligung an den Sitzungen Erfüllung finden kann. — Die Versammlung in Schöwa 3 war ebenfalls gut besucht. Alle drei Versammlungen offenbarten und den alten Kampfergeist und werden eine nachhaltige Wirkung haben.

### Prekonds des Zentralorgans

2. Ausgabe.  
Bezirksorg. Winterberg 100.—, Bezirksorg. Boderlam 25.—, Bezirksorg. Gortau 250.—, Lokalg. Oberbach 50.—, Bezirksorg. Erdweik 200.—, Bezirksorg. Aussig Stadt 500.—, Kreis-

org. Kuffig 300., Bezirksg. Teply 8882., Bezirksg. Arnau 700., Bezirksg. Braunau 300., Bezirksg. Erdweih 50., Lokalg. Rochitz 10., Johann Knapp, Erdweih 10., Bezirksg. Roderham 100., Bezirksg. Rensdel 978.70, Bezirksg. Barnsdorf 1000.

### Kunst und Wissen.

Niri Mahen, Generace (Generationen). Das Stück, das Sonntag im tschechischen Nationaltheater uraufgeführt wurde, greift zwei Ideen auf, die unserer Zeit eigenständig sind und in der Nachkriegsliteratur vielfach Ausdruck gefunden haben. Zunächst ist die bittere Enttäuschung aller Idealisten, die voll freudiger Hoffnung auf die reinigende Macht der Revolution aus dem Kriege zurückkehrten und nun die Kleinlichkeit der heimischen Verhältnisse sehen mussten. „Revoluciona revoluce“, eine nicht vollendete, unferliche Revolution, nennt es der Held des Stückes. Der zweite Grundgedanke, dessen schärfste Formulierung Saksneider in seinem „Zohn“ gegeben hat, gilt dem in unserer Zeit be-

sonders schroffen Gegensatz zwischen der alten und der jungen Generation. Im zweiten Akte gerät der junge Held mit einem älteren Postkitter in eine erregte Auseinandersetzung. „Was fordern Sie eigentlich von uns?“ fragt der alte Herr, „ich verstehe Sie nicht!“ „Seben Sie sich keine Mühe!“ entgegnet der Jüngling. „Sie können mich nie verstehen. Mich verstehen nur Menschen über sechzig und unter fünfunddreißig.“ — „Und was für eine Partei sind Sie eigentlich?“ „Gar keine Partei, die junge Generation aller Länder.“ Leider ist auch das Stück eine „revoluciona revoluce“. Die vorher als unüberbrückbar dargestellten Gegensätze zwischen Vater und Sohn lösen sich zum Schlusse in gar zu einfacher Weise, wodurch der Komödie der eigentliche Wert genommen wird. Auch sonst verwirren sich im dritten Akte die Fäden der Handlung: eine im 1. Akte angesprochene Liebesgeschichte des Helden verliert sich spurlos im Sande. Die Schlußszene bricht ziemlich unvermittelt ab. Die Aufführung war außerordentlich sorgsam und gut abgestimmt. Dem Helden lieb Herr Steimar den nötigen Schwung. Den Vater gab in sehr vornehmer

Weste Herr Kody. Weitere vorzügliche Leistungen boten Frau Rydlova, Herr Dohl sowie in einer kleineren Rolle Herr Polak. Der Besfall war nach dem wirkungsvollen zweiten Akte sehr warm. Dr. L. A. Neues Theater. Heute, Mittwoch „Das Geistesleben“.

### Bereinsnachrichten.

Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker. Montag den 24. Oktober um 8 Uhr abends im Karolinum ordentliche Solber-sammlung. Tagesordnung: 1. Bericht. 2. Mitgliedsbeitrag. 3. Arbeitsprogramm. 4. Freie Anträge. 5. Neuwahlen.

Herausgeber: Dr. Ludwig Ezech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauch. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

### Mitteilungen aus dem Publikum.

Rechtzeitig entdecken! Weihnachts-Wunderkerzen „UNIO“ in bekannt erstklassiger Qualität erhältlich bei allen Grossisten einschlägiger Branchen, wo nicht, direkt in der Fabrik „UNIO“-Werke, Oes. m. b. H., Pilsen. Generalvertreter: JOSEF POLLAK, Weinherge, Ressova 3. Telefon 210, 218

Graf's Suppenwürfel ersetzt Du oroben wirst Du haben!

## An das kunstsinninge Publikum!

Unter ganz außergewöhnlichen Umständen tritt die Direktion des Deutschen Theaters in Prag diesmal an die Öffentlichkeit heran, um für das neue Abonnement, das in wenigen Wochen beginnen soll, die alten Freunde wiederzugewinnen und neue zu schaffen.

In dem abgelaufenen Spieljahr, an jenem traurigen 16. November 1920, hat das deutsche Prag sein altes Deutsches Landestheater auf eine gewaltsame Weise verloren, die jedem Recht und Gesetz Hohn spricht. Dieser Fall stand wohl einzig in der Geschichte des Theaterwesens aller Zeiten und aller Länder, daß ein Theaterdirektor mit seinen Angestellten mitten in der Arbeit gezwungen wird, sein ihm vertraglich gebührendes Theater zu verlassen. Und wir hatten gut gearbeitet, künstlerischer geleistet, es wurde überall, wo man sich für deutsche Kunst interessiert, von dem Prager Theater wieder mit großer Achtung gesprochen. Es war der Direktion gelungen, im neuen wie im alten Theater den Betrieb täglich aufrecht zu erhalten. Der Spielplan war ungemein wechselnd und anregend. Ein umfangreiches Soloperional, ein stark vernehrtes Orchester ermöglichten eine Vielfältigkeit der Darbietungen, wie sie Prag früher niemals hatte. Noch war die Direktion im Aufbau begriffen, denn es galt, langsam ein selbsteigendes Ensemble zu schaffen, welches ein fundamentales Repertoire sichern sollte, das über die Schwierigkeiten eines Saisonbeginnes hinweghelfen sollte, um dann im Laufe der kommenden Spielzeit in Ruhe Neues zu bringen. Die stillgehegten und unermüdlich gepflegten Pläne der Direktion gingen vielfach in die Brüche, als nach dem 16. November 1920 die Direktion auf das eine große Haus angewiesen blieb. Es war klar, daß zunächst das Schauspiel schwer darunter leiden mußte, da die anspruchsvolle Oper und auch die Operette begrifflicherweise infolge der Massenwirkungen von Orchester und Chor, zu den bei oft bedeutendere Dekorationsaufwand immer die große Bühne als eigentliche Wirkungsstätte beanspruchte hatte.

Nach jenem unglücklichen 16. November ist die Direktion trotz der unerhörten Vergeßlichkeit nicht fahnenflüchtig geworden, hat im Gegenteil das ganze Personal ihre Solidarität versichert und unter Sturm und Drang, nachdem erst eine Woche auch im Neuen Theater nicht gespielt werden konnte — da infolge der Streckenmüllte die Abhaltung von Vorstellungen unmöglich war — nahmen Direktion und Angestellte mit doppelter Kraft und eifernem Willen die Arbeit wieder auf und es gelang, ganz auf eigene Kraft gestellt, das Jahr zu Ende zu führen ohne fremde Hilfe.

Die Direktion will, trotz der neuerlichen nicht unbedeutenden Teuerung, die den Betrieb unausgesetzt höher belastet, wie jedermann es in seinem eigenen Haushalte bestätigen kann, die Abonnementpreise in diesem Jahre nicht erhöhen, im Gegenteil, ganz unbedeutende Retouche haben scheinbare Ungerechtigkeiten ausgeglichen, die sogar zu einer Preisermäßigung in einer oder der anderen Sitzkategorie führten. Die Direktion macht aufmerksam, daß ein vollständiges Abonnement nicht zur Ausgabe gelangt.

Die Direktion erkennt rückhaltlos den Wert des deutschen Abonnementpublikums in Prag an, das in seinem differenzierten Geschmack von vorbildlicher Qualität ist. Die Direktion würde sich glücklich schätzen, wenn diese alten Freunde in diesen schweren Zeiten dem deutschen Theater ihre Treue bewahren würden und neue Freunde dazu kämen, nicht nur das eine Haus, in dem wir heute spielen, stolz und aufrecht zu erhalten, sondern uns die Mittel bringen, in kurzer Zeit ein zweites intimeres Theater zu erbauen, zum Ruhme der deutschen Theaterkunst in Prag.

155 Der Direktor des Deutschen Landestheaters in Prag.

### Das neue Abonnement:

Im Nachfolgenden erlaubt sich die ergebenst gefertigte Direktion die neuen Abonnementpreise mitzuteilen. Das neue Abonnement umfaßt 240 Vorstellungen. Doch werden auch ganzjährige Halb-abonnements (120 Vorstellungen) und ganzjährige Viertelabonnements (60 Vorstellungen) ausgegeben.

	240 Vorst. 1/2	120 Vorst. 1/4	60 Vorst. 1/8
	Kronen	Kronen	Kronen
Barterloge und 1. Rangloge Nr. 1	26.000.—	13.000.—	6.500.—
Barterloge Nr. 2-4	24.000.—	12.000.—	6.000.—
Barterre- u. 1. Ranglogen (alle übrige Nummern)	22.000.—	11.000.—	5.500.—
2. Ranglogen	20.000.—	10.000.—	5.000.—
Circle-Sitze	8.000.—	4.000.—	2.000.—
Fauteuillige 2.-4. Reihe	7.200.—	3.600.—	1.800.—
Parterresitz 5.-8. Reihe	5.600.—	2.800.—	1.400.—
Parterresitz 9.-12. Reihe	5.200.—	2.600.—	1.300.—
Parterresitz 13.-20. Reihe	4.400.—	2.200.—	1.100.—
Balkonsitz 1. Reihe	5.600.—	2.800.—	1.400.—
Balkonsitz 2.-4. Reihe	4.800.—	2.400.—	1.200.—
Balkonsitz 5.-7. Reihe	4.000.—	2.000.—	1.000.—
Galeriesitz 1. Reihe	3.400.—	1.700.—	850.—
Galeriesitz 2.-6. Reihe	2.400.—	1.200.—	600.—
Galeriesitz 7.-10. Reihe	2.000.—	1.000.—	500.—

Die garten Abonnenten, welche ihr Abonnement zu erneuern wünschen, werden ersucht die Abonnementkarten bei der Kasse des Neuen deutschen Theaters vom Samstag, den 15. bis inkl. Donnerstag, den 20. Oktober unter Vorweisung der letzten Abonnementkarten zu begeben.

In derselben Zeit werden Anmeldungen neu eintretender Abonnenten angenommen. Die Ausgabe für neu eintretende Abonnenten beginnt am Samstag, den 29. Oktober.

Prag, am 15. Oktober 1921.

Die Direktion des Deutschen Theaters in Prag.

Das tanzende Prag besucht nur die TANZ-BAR ASTORIA Prag, Ovocny trh. 212 Entree frei.

Mit Parteilegitimation 5%, Rabatt! „EPOCHA“ Ungeziefer-Isolierapparat. Nach ärztlichem Gutachten die einzige hygienische Möglichkeit, von der Wanzenplage wirklich befreit zu werden. Retten Sie Ihr Haus, Wohnung, Möbel und Wäsche, aber vor allem Ihre nächtliche Ruhe. Filiale der Firma Waltera. Gegründet 1857. „Epocha“ chem. Präparate und Apparate Prag I., Jakubská 4. Telefon 3458b. Berufen Sie sich auf Abt. „Apparate“.

Kohle - Koks - Holz liefern fuhren- und waggonweise S. L. Reimann Söhne, Prag II., Václavské nám. 47. Telefon Nr. 1675 und 4179.

Wir erzeugen wieder feinste Theemargarine „SANA“ und vorzügliche Tafelmargarine „AXA“ den besten, altbewährten Butterersatz der Neuzeit in Friedensqualität. Sana Ges. m. b. H., Prag-Bloubětín Půjčovni 2. 151

CAFÉ ELEKTRA PRAG-WEINBERGE, beim Museum, neben dem Deutschen Theater. TREFFPUNKT DER GENOSSEN. Telefon 4654. 124

Speisefartoffeln, waggonweise, beste Marke, kauft Arbeiter-Konsum-Verein, Raabitz. Schriftliche Offerten erbeten.

Sanatorium Russig-Kleische nimmt keine Geisteskranken mehr auf. Aufnahme finden 134 Innere und Nervenkranken.

Ebermanns Mundwasser - Zahnpulver das BESTE und BILLIGSTE zur täglichen Zahnpflege. 64. Erhältlich in Apotheken, Droguerien, Parfümerien und Konsumvereinen. Dr. Ebermann, Prag 619-I.

Fepiltzer Plachen- u. Zeitfabrik Fepiltz-Turn 2. Telef 245. erzeugt PLACHEN jeder Art. Wasserdichte Pfardedecken, Regenmäntel. Reparaturen u. Nachimprägnierung alter Plachen. 28

PRESSHEFE UND SPIRITUSFABRIK HAMBURGER & CO., Ges. m. b. H., FREUDENTHAL, Versandstelle PRAG 619-I. 108 bedient im Auftrage der Grosseinkaufsgesellschaft die Konsumvereine mit bester u. billigster Presshefe.

Büro- und Geschäfts-Einrichtungen Inserireren bringt Erfolg! I. Kominik, Prag II., Telefon 654-101.

Ein Frachten-Auto, befahren oder neu, mit Ladegewicht bis 6000 kg kauft Arbeiter-Konsum-Verein, Raabitz. Schriftliche Offerte erbeten. 207

Kanafase, Inlete! in kompletten Breiten. Chiffone, Damaste, eigene Erzeugung von Arbeiterwäsche, ferner grosse Auswahl in aller Art Barchenten und Kleiderstoffen. Otto Taussig, Prag I., Dušní 1. Telefon 529/VL. Persönlicher Besuch erwünscht. 108

Im Gasthofs des „Černý pivovar“ am Karlovo nám. wird wieder das altbekannte LAGERBIER ausgeschenkt. 207

Výrobní a nákupní družstvo krejčí in Prag. Hauptstelle: Hybernská ul. 7. (Lidový dóm.) Telefon 5724. Erzeugt: Alle Arten von Herren- und Damen-Kleidern in erstklassiger Ausführung aus eigenen und mitgebrachten Stoffen. Liefert: Für sämtliche Staats-, Landes- und Stadämter, öffentl. oder Privatangestellte und Fabriken, Arbeits- und Strassenkleider in solider Ausführung und zu billigen Preisen. FILIALEN: Nusle, Riegerplatz Nr. 415, „U Mašků“. Elegante Herrenanzüge, Überzieher, Hosen, Kinderanzüge, Damen-Kostüme, Blusen, fertige Kleider nach Mass. Verkauf von Wäsche, Manufaktur-Waren aus Leinen, Baumwolle, Futter und Schneider-Zugehör. Prag II., Národní třída Nr. 36, 2. Stock. Erstklassiger Damensalon! 110 Kostüme, Mäntel, Kleider u. Blusen nach neuesten Modellen.